Nr. 33 — Halle a. S., Mittwoch den 8. Februar 1911 — 22. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ▪ Redaktion: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2 12—1/2 1 Uhr mittags.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Die Justiz als Instrument der Klassenherrschaft.

Die Justiz heißt im Deutschen die Gerechtigkeit.

Die Justiz spricht „Recht" im Namen des Königs, der den Staat repräsentiert. Der „Staat" war und ist von jeher aber nichts anderes gewesen als die wirtschaftliche und politische Macht der herrschenden Klassen — und diese Klassen waren ebenso von jeher die Besitzenden. Also: die Justiz spricht Recht im Namen der Machthaber, der Besitzenden, und die Machthaber sorgen in der Regel vortrefflich dafür, daß ihr wirksames Instrument Justiz scharf und schneidig gegenüber den beherrschten Klassen erhalten bleibt. Wer dafür geschichtliche Beispiele haben will, findet sie tausendfach, und wer dafür praktische Beispiele aus den kapitalistischen Gegenwartsstaaten zählen will, dem drängen sie sich zehntausendfach auf.

In den letzten Monaten mußte im Volke über die deutsche und speziell preußische Justiz sehr oft zu Gericht gesessen werden, weil die furchtbaren Urteile gegen die Wahlrechtsdemonstranten einen einzigen Schrei des Entsetzens in der dreiklassig entrechteten Arbeiterklasse auslösten. Der Polizeisäbel hatte die Wahlrechtsforderer auf der Straße niedergeschlagen, die Justiz diktierte darauf den Niedergeschlagenen harte Gefängnisstrafen zu. Die polizeilichen Niedersäbler aber blieben straflos, erhielten Auszeichnungen und Orden. Der Fall Moabit lag noch krasser. Hier vereinigten sich alle Kräfte der Machthaber, um auf ihr Instrument Justiz zu wirken. Doch allzu scharf macht schartig. Die Beeinflussungen waren so weit getrieben, daß sie nicht nur den beherrschten Klassen, sondern aller Welt offenkundig wurden — und da mußten sie versagen. Nachdem die Moabiter Richter dem herrschenden System nicht schneidig genug gedient haben, werden sie von den oberen Regionen aus kritisiert und auf seine Art bloßgestellt. Am Falle Moabit mit seinem ganzen vorherigen und nachherigen Drum und Dran läßt sich das Wesen der preußischen Klassenherrschaft und der preußischen Justiz in wahrhaft mustergültiger Weise studieren. Diese Vorgänge und Tatsachen graben sich unauslöschlich in das Bewußtsein des Volkes ein.

Und just zur Ergänzung der Erkenntnis unserer Rechtszustände kam der Zusammenbruch des Essener Bluturteils, das in seiner Art ein Muster politischer Tendenzjustiz war, wie es nur von wenigen bisher erreicht wurde (Kölner Kommunistenprozeß, Löbtauer Zuchthausurteil usw.). Viele Hunderte von Fällen, die im Wesen der gleichen Tendenz entspringen (Aufrechterhaltung der „Autorität") liegen in ihrer praktischen Form milder und werden deshalb nicht so leuchtend sichtbar. Aber sie sind im gleichen Sinne eine Folge der Klassenherrschaft, die sich durch Polizeisäbel und Justizspruch unter allen Umständen durchsetzt.

Die herrschenden Gewalten treffen wohlweislich Vorsorge, daß die Justiz in den Händen der Angehörigen der herrschenden Klassen bleibt. Richter kann nur werden, wer wohlhabend ist, so hat der Reichstag auch am Montag wieder beschlossen. Und zu Geschworenen und Schöffen werden keine Arbeiter berufen, sondern nur Besitzende und „Gebildete". So ergänzt eins das andere, wobei hinzukommt, daß die Beförderung der Richter in den Händen der Regierung liegt. Sie hat es in der Hand, Justizangestellte, die sich durch scharfe Urteile gegen die Rechts- und Gleichheitsforderung der beherrschten Klassen bemerkbar machen, zu belohnen, zu befördern, auszuzeichnen. Studiert das Justizsystem wo ihr wollt — immer stößt man darauf, daß sich die politischen Gewalthaber die letzte Bestimmung über ihre Justiz vorbehalten haben.

Die Sozialdemokratie hält alljährlich in den Parlamenten scharfe Abrechnung mit dem herrschenden System der Gerechtigkeit. Aber ihre Kritik hat auf die Aenderung des Systems keinen Einfluß, da die herrschenden Klassen auf kein Küpfelchen ihrer Macht freiwillig verzichten. Die Kritik muß aber das Volk aufrütteln und den weitesten Massen die Zusammenhänge aufzeigen, die zwischen Machthabern, Polizei und Justiz im tiefsten Grunde bestehen.

Im Reichstage und im sogenannten preußischen Landtage steht augenblicklich die Gerechtigkeit auf der Tagesordnung. Unsere Redner ermangeln nicht, an den krassesten Fällen die preußische Justiz zu illustrieren. Diesmal aber richtet sich hauptsächlich die Kritik gegen die politischen Machthaber, die von Jahr zu Jahr offenkundiger die Justiz für die Zwecke der Aufrechterhaltung ihrer Macht zu gebrauchen versuchen. Darüber wird uns aus den Parlamenten geschrieben:

In beiden Häusern ergab sich dasselbe Bild: von sozialdemokratischer Seite wurde die volle Unabhängigkeit der Richter und die Freiheit der Rechtsprechung gefordert, in beiden Häusern saß dabei die beeinflussende Regierung auf der anklagebank. Die Vernehmung des Landgerichtsdirektors Unger durch den Justizminister, die den Genossen Heine und Liebknecht Anlaß zu scharfer Kritik gaben, bildet aber nur das Glied einer langen Kette von eigenartigen Manövern, Winken hinter den Kulissen, öffentlichen Kundgebungen und reaktionären Preßhetzen, durch die die Richter in den Moabiter Prozessen eingeschüchtert und beeinflußt werden sollten. Als die Junker und Scharfmacher erkennen mußten, daß sie ihr Ziel doch nicht ganz erreicht hatten, brach von der Rechten her ein Sturm gegen die Richter los, der die sozialdemokratischen Abgeordneten zwang, die Angegriffenen in Schutz zu nehmen. Die Richter werden dieses Eintreten der sozialdemokratischen Abgeordneten für sie um so höher schätzen müssen, als auch bekanntlich der Verteidigung Material zu allerhand Beschwerden nicht gefehlt hätte. Man braucht sich nur an die Art zu erinnern, in der der Vorsitzende Lieber die Redefreiheit der Verteidigung durch Verhängung von Ordnungsstrafen empfindlich beschränkte. Aber angesichts der unerhörten Angriffe der Rechten und der Koramierung des Landgerichtsdirektors Unger durch den Justizminister mußten solche berechtigte Beschwerden, denen ohnehin der Reiz der Neuheit fehlt, zurücktreten, und die Verteidiger der Moabiter Angeklagten verwandelten sich im Parlament zu Verteidigern der Moabiter Richter.

Und das ist nun allerdings ein höchst ungewöhnlicher Vorgang, und die Zustände des öffentlichen Lebens werden dadurch in grelle Beleuchtung gerückt. Heute haben sich die innern Zustände in Preußen so entwickelt, daß die Polizei vollkommen im Dienste einer völlig skrupellosen konservativen Parteiregierung steht, während alle Selbständigkeitsregungen der Justiz in einer Weise bekämpft werden, die bisher noch nicht erhört schien.

Von der Schreckensherrschaft, die das Scharfmachertum in der Verwaltung übt, kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man einen Blick in die reaktionäre Presse tut. Gleich die Berliner Abendblätter vom Montag geben davon zwei kräftige Proben. So kann man in der Post die denunziatorische Bemerkung lesen, die Polizei habe bei dem Begräbnis des Genossen Singer „der sozialdemokratischen Veranstaltung das größmögliche Entgegenkommen bewiesen", man müsse sich doch „fragen, ob hier die Polizei nicht etwas zu weit gegangen ist". Also selbst Jagow findet nicht mehr den vollen Beifall der Scharfmacherpresse, weil er es unterlassen hat, eine Massenkatastrophe zu inszenieren, zu der das von der Post gewünschte Verhalten der Polizei unfehlbar hätte führen müssen. Zu gleicher Zeit beschäftigt sich die Deutsche Tageszeitung mit der bekannten Angelegenheit des Polizeipräsidenten von Mülhausen i. E., der unlängst einen Wahlrechtsumzug und dabei die Absingung der Internationale gestattet hat, wofür er ja denn auch vom Staatssekretär Delbrück in öffentlicher Reichstagssitzung derbe gerüffelt worden ist. Der Deutschen Tageszeitung genügt dieser Rüffel nicht, sie fordert die Absetzung des Beamten, der „vielleicht noch an einer andern Stelle" nicht aber auf seinem jetzigen Posten „gedeihlich wirken" könne.

Dieses System muß dazu führen, daß die Beamten, die die kolossale Macht der konservativen Partei kennen, eingeschüchtert werden, und lieber ungesetzliche Handlungen begehen, die von der Regierung gedeckt werden, als daß sie sich durch gerechtes und loyales Verhalten den Zorn der regierenden Partei zuziehen wollten.

Es ist nur zum Lachen, wenn die schamlosen Terroristen der Rechten der Welt einreden wollen, sie respektierten die Unabhängigkeit der Justiz. Eine Partei, die, wie die konservative, darauf ausgeht, eine oppositionelle geistige Bewegung mit allen Mitteln der Gewalt niederzuknüppeln, kann ja einen freien unabhängigen Richterstand gar nicht wollen: für sie ist eben auch der Richter nichts anderes als das bewußte oder unbewußte Werkzeug ihrer gewalttätigen Klassenpolitik.

So erklärt es sich auch, daß die Konservativen und ihre nationalliberalen Helfer jetzt sogar die Urheber des Essener Justizmordes zu verteidigen wagen und an dem Schwurgerichtsurteil, das die unschuldig Verurteilten freisprach, zu rütteln versuchen. War doch das Essener Fehlurteil von 1895 nur der sachliche Ausdruck jener Politik, die den politischen Gegner durch Zuchthaus- und Gefängniskuren kirre zu machen versucht, und sich in hartnäckiger Verbohrtheit in immer neuen Versuchen dieser Art erschöpft, obwohl durch das rapide Wachstum der Arbeiterbewegung die Unbrauchbarkeit dieser Methode längst erwiesen ist.

Heute wendet sich das allgemeine Mitgefühl aller halbwegs anständig denkenden Menschen jenen sieben Essener Bergarbeitern zu, die vor 16 Jahren der Verquickung der Justiz mit einer hetzerischen Scharfmacherpolitik zum Opfer gefallen sind. Aber solcher Opfer gibt es nicht nur sieben, sondern siebenhundert und siebentausend! Wer will denn wagen zu behaupten, daß all die Redakteure, Gewerkschafter, organisierten Arbeiter, deren Name im Laufe der Jahre die sozialdemokratischen Parteinachrichten unter der Rubrik „Gerichtliches" geziert haben, Schuldige im Sinne einer anständig empfundenen ehrlichen Gerechtigkeit gewesen sind. Die 18½ Jahre Zuchthaus, die über Schröder und Genossen zu Unrecht verhängt wurden, verschwinden ja fast gegenüber den vielen Jahrhunderten an Freiheitsopfern, die die deutsche Arbeiterbewegung bisher geleistet hat.

Jenen bürgerlichen Herrschaften, die die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, weil einmal ein paar ehrliche Leute im Zuchthaus gesessen haben, und die so tun, als wäre alles in Ordnung, weil der Fehlspruch von damals korrigiert wurde, muß entgegnet werden: Es ist kein Ausnahmefall, sondern es ist in Preußen und in einigen seiner Vasallenstaaten Regel, daß Ehrenmänner von sogenannt staatsgefährlicher Denkungsart, zu Dieben und Räubern ins Gefängnis gesteckt werden. Wir sind nur durch Gewöhnung an diesen alltäglichen Zustand zu sehr abgestumpft, um seine Ungeheuerlichkeit zu empfinden, die die preußischen Justizverhältnisse in der ganzen Welt geradezu sprichwörtlich gemacht haben.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion handelt im guten Sinne des Wortes wahrhaft patriotisch, wenn sie bei der Beratung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung für die Schaffung eines freien Richterstandes eintritt, den kein regierender Parteiwille zum Werkzeug herrschender Gewalten machen kann.

Aber freilich: so lange die Klassenherrschaft der Besitzenden bestehen bleibt, wird auch die Klassenjustiz immer wieder ihre Geißel schwingen. Das eine ist nicht denkbar ohne das andere. Nur in einem klassenlosen Staat, wo der Wille von Gleichen und Freien herrscht, wird es eine unabhängige Justiz geben können. Kämpfen wir für den demokratischen Sozialstaat!

*

Justizkritik im Klassenhause.

Ein Widerhall des Essener Freispruchs machte die Montagssitzung des Dreiklassenhauses einigermaßen interessant. Freilich muß man sich so schreibt uns unser Parlamentsberichterstatter, nach dem erhebenden Bilde der ungeheuren Trauerkundgebung des Berliner Proletariats erst wieder auf das Niveau der sogenannten Volksvertretung förmlich gewaltsam herabstimmen . . . Einige sehr gemäßigte und unanfechtbar richtige Bemerkungen des Volksparteiler Cassel über die vielen Fehlurteile preußischer Gerichte hatten den Justizminister Beseler veranlaßt, sich die Kritik an der Justiz ziemlich deutlich „zu verbitten" und als Genosse Dr. Liebknecht wirkungsvoll dem selbstverständlichen Bedürfnis der Justiz nach Autorität die merkwürdige Vernehmung des Moabiter Schwurgerichtsvorsitzenden durch Herrn Beseler gegenüber gestellt hatte, da wurde die Exzellenz böse und drohte, auf parlamentarische Anfragen überhaupt nicht mehr zu antworten, wenn man ihr etwa gar untersagen wollte, sich durch „einfaches Anfragen" bei den Richtern zu informieren. Man hat nun wohl nicht gehört, daß der Justizminister das gleiche unbezähmbare Verlangen nach Information auch dann gezeigt hätte, wenn von den Sozialdemokraten über ungerechte, ja fanatisch gehässige Auffassungen einzelner Richter geklagt worden ist. Hier war es freilich Herr v Jedlitz und Herr Böhmer, die das Bedürfnis nach Aufklärung äußerten — wenn es sich auch weder um die Verhandlungsleitung, noch um die Urteilsbemessung, sondern bloß um einen Satz aus einer Rechtsbelehrung gehandelt hatte. . . . Dann fragte unser Genosse den Justizminister, was er denn dazu zu sagen habe, daß der wackere Staatsanwalt Peterson (den übrigens gleich dem Schuft Münter der gütige Himmel inzwischen zu sich genommen hat) 1896 auf das Zeugnis des Münter hin Unschuldige auf Jahre ins Zuchthaus gebracht hat, obgleich die Spatzen von den Dächern pfiffen, was man damals schon von Münter wußte. Aber natürlich, der Staatsanwalt hat von nichts gewußt. Wenn irgendwo in einer Kneipe ein armer Teufel im Schnapsdusel eine törichte Aeußerung macht, wenn irgendwo in einem Dorfe an einem Sonntag Arbeiter Flugblätter verteilen, wenn in irgendeiner Gewerkschaftsversammlung ein „politisches" Wort fällt: Das alles erfährt der Staatsanwalt rechtzeitig. Aber daß der Hauptzeuge in einem Kriminalprozeß gegen sieben Ehrenmänner, die freilich nur Arbeiter waren, seine Kameraden bestohlen, seine Kollegen verleumdet, harmlose Bürger drangsaliert und sich dessen noch gerühmt hatte, davon wird doch der ehrliche Peterson bei Leibe nicht gar etwas gewußt haben! Und so hat denn der Nationalliberale Haarmann das Pathos sittlicher Entrüstung gegen die „unerhörte Verdächtigung" des Peterson auf und sowieit ging das Solidaritätsgefühl mit Peterson, daß sich dieser liberale Abgeordnete dazu verstand, das Schandurteil der von Peterson im Gerichtssaale und von den Zentrumsagitatoren außerhalb gegen die Sozialdemokratie verletzten Essener Geschworenen von 1896 im offenen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110208-11/fragment/page=0001

Hause zu verteidigen, dieses traurige Erzeugnis einer absichtlich irregeführten Laienjustiz, deren Mitglieder der heutige Staat vorsorglich nur aus jenen Schichten wählt, deren wirtschaftliche Interessen, deren Gefühle und Empfindungen denen der Arbeiter gerade entgegengesetzt sind. Erst die Zurufe unserer Genossen ließen Herrn Bassermann erkennen, was er da gemacht hatte und er verabsäumte nicht, zu erklären, daß er ja an der Richtigkeit des Essener Urteils von 1911 nicht zweifeln wolle. Es wird im ganzen Lande nicht vergessen werden, daß es nicht ein ostpreußischer Junker, nicht ein freikonservativer Scharfmacher, nicht ein „christlicher" Parteigänger der damaligen Essener Richter, sondern daß es ein Nationalliberaler war, der diese Leistung vollbracht hat.

Das wiederholte Eingreifen unseres Redners in die Debatte förderte noch mancherlei Bemerkenswertes zutage. Als er rügte, daß man immer wieder zu der an sibirische Methoden heranreichenden Praxis zurückkehrt, wegen Preßvergehen gefangengesetzten Redakteuren der Arbeiterpresse die Selbstbeköstigung und Selbstbeschäftigung zu verweigern, daß man sie zwingt, im Gefängnis Körbe zu flechten, Tüten zu kleben und die königlich preußische Gefängniskost zu genießen, da antwortete der Regierungsvertreter, daß ein Recht der durch ihren Beruf ins Gefängnis gekommenen geistigen Arbeiter auf jene bessere Behandlung „keineswegs bestehe" und daß, wenn es nicht gerade möglich (!!) sei, Selbstbeköstigung und Selbstbeschäftigung zu gewähren, dann die Preßfünder eben auch die Zwangsarbeit machen müssen, sie seien ja im Gefängnis, um bestraft zu werden. Nur gut, daß die Bonner Borussen, die Duellanten und der berühmte Fähnrich Hüssener, der einen Bürger niederstach, nur zu Geld oder Festungsstrafen verurteilt worden sind, und daß also diese vor dem Gesetz auch nicht bevorrechteten Leute nicht genötigt worden sind, Gefängniskost zu essen und Gefängnisarbeit zu leisten.

Zu der großen Abrechnung, zu der sich die Justizdebatte überhaupt gestaltet hat, gehört noch die Kennzeichnung der gesetzwidrigen Behandlung der nur zu Haft Verurteilten und vielen Untersuchungsgefangenen, die einfach gewohnheitsmäßig, wenn auch vielleicht nicht absichtlich, den zu Gefängnis Verurteilten gleichgehalten werden. Wie sticht davon die Freiheit und Milde ab, der sich die vornehmen Festungsgefangenen erfreuen können! Auch für die Besserstellung des Gefängnispersonals trat neben anderen Abgeordneten unser Redner ein, denn sowohl die Behandlung der Strafgefangenen als auch die Wirkung der Freiheitsstrafen für die Zukunft der Betraften hängt sicherlich von der Art der Aufsichtsbeamten ab und nur zu guten Löhnen wird man auch entsprechendes Personal einstellen können.

Um die Sozialdemokratie hat sich fast die ganze Justizdebatte gedreht — wir haben keinen Grund, ihren Verlauf zu bedauern! —

Politische Uebersicht.

Halle a. S., 7. Februar 1911.

Sozialdemokraten sind minderen Rechts.

Durch die Obstruktion der Konservativen ist der Seniorenkonvent des sogenannten preußischen Landtags arbeitsunfähig gemacht. Die Arbeitseinteilung erfolgt jetzt durch den Präsidenten, der seine Maßnahmen auf Grund einer Vereinbarung mit den Fraktionen trifft. Die Kreuzzeitung geht nun noch einen Schritt weiter, sie kann „nicht begreifen", wie man den Sozialdemokraten überhaupt Sitze in den Kommissionen einräumen konnte. Der Justizkommission gehört Genosse Dr. Liebknecht, der Kommission für das Unterrichtswesen Genosse Hirsch an. Die Kreuzzeitung erblickt darin eine Durchbrechung des parlamentarischen Gebrauches, die „weiten Kreisen im Lande nicht recht verständlich sei".

Das Vorgehen der Kreuzzeitung ist um so unverfrorener, als im Reichstage, in dem die Kommissionen nach den gleichen Grundsätzen zusammengesetzt werden, auch die ganz kleinen Fraktionen berücksichtigt werden, um von den Kommissionsberatungen nicht ganz ausgeschaltet zu sein. Es würde im Gegenteil jedem parlamentarischen Gebrauch direkt ins Gesicht schlagen, wenn man auch nach dieser Richtung hin im preußischen Landtage einen Schlag gegen die Sozialdemokratie führen wollte, denn wenn die Fraktion auch klein ist, so ist sie doch die Vertreterin der stärksten Partei im Lande, die nur durch das elende Dreiklassenwahlrecht gewaltsam daran gehindert wird, die ihr zukommende Vertreterzahl im preußischen Landtage zu haben.

Aber gemach ihr Junker! Nach den Reichstagswahlen, bei denen die Herrschaften vielleicht auf ein Dutzend oder so reduziert werden können (wenn die Liberalen Stange halten) werden wir an den Vorschlag der Kreuzzeitung wieder erinnern. Vielleicht brauchen die Herren dann auch keine Vertretung in den Kommissionen . . .

Gesetzentwürfe zur Sozialversicherung.

1. Der Entwurf eines **Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung** ist dem Reichstage soeben zugegangen. Hiernach tritt die Reichsversicherungsordnung, soweit es sich um die Maßnahmen zu ihrer Durchführung handelt, sofort in Kraft. Wann die übrigen Bestimmungen in Kraft treten, soll durch Kaiserliche Verordnung festgesetzt werden. Die Frage, wann die Hinterbliebenenversicherung in Kraft tritt, ist offen gelassen worden. Mit dem Inkrafttreten derselben soll aber der § 15 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 aufgehoben und die angesammelten Beträge und Zinsen zu den Zuschüssen des Reiches für die Hinterbliebenenversicherung verwendet werden. Zufolge der Vorschrift des § 15 des Zolltarifgesetzes sind bisher rund 51,5 Millionen Mark Rennwert angesammelt worden. In Zukunft sollen bekanntlich die Ausgaben der Hinterbliebenenversicherung durch zu erhebende höhere Beiträge der Versicherten und Unternehmer gedeckt werden.

2. Der Entwurf eines **Gesetzes betreffend die Hilfskassen** ist ebenfalls dem Reichstage jetzt seit 1905-06 zum dritten Male zugegangen. Diesmal wird die direkte Aufhebung des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen und Unterstellung dieser Kassen unter das Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen verlangt. In den letzten Jahren sollen sich erhebliche Mißstände auf dem Gebiete der Hilfskassen gezeigt haben. Soweit die sogenannten Schwindelkassen in Betracht kommen, trifft dies zu; nicht aber bei den reellen, von Arbeitern geleiteten freien Hilfskassen. Will man die Schwindelkassen fassen, so ist dies nur zu begrüßen, den sonstigen Hilfskassen aber weitere Schwierigkeiten zu bereiten, dagegen muß protestiert werden.

Der Wahlrechtskampf in Braunschweig.

Am 26. Januar 1910 wurde in Braunschweig der Sturmlauf gegen das Braunschweigische Junker- und Privilegienparlament begonnen. An diesem Tage hat das Braunschweigische Proletariat die Bluttaufe im Kampfe für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht erhalten: die Polizei schritt mit Säbelattacken gegen die Wahlrechtsdemonstrationen ein. **Die Braunschweigische Arbeiterschaft ließ sich dadurch nicht irre machen; die Demonstrationen wurden später wiederholt. Bis jetzt hat dieser Wahlrechtskampf allein die Redakteure des Braunschweiger Volksfreundes 22 Monate Gefängnis gekostet.**

Das Braunschweigische Landtagswahlrecht ist noch miserabler als das preußische, soweit das möglich ist. 30 Abgeordnete werden durch allgemeine Wahlen, und zwar 15 in den Stadtgemeinden und 15 in den Landgemeinden gewählt. Von den übrigen 18 wählen die Geistlichen 2, die Großgrundbesitzer 4, die höchstbesteuerten Gewerbetreibenden 3, die wissenschaftlichen Berufsstände 4, und die höchstbesteuerten Einkommensteuerpflichtigen 5 Abgeordnete. Diese 18 werden in direkter Wahl gewählt, während die ersten 30 auf Grund des Dreiklassenwahlsystems in indirekter Wahl gewählt werden.

Wahlberechtigt sind alle männlichen Gemeindegenossen, die die Braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzen, das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben, mindestens ein Jahr lang in der Gemeinde wohnen, sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, nicht unter Kuratel stehen, zur Zahlung von Gemeindesteuern verpflichtet sind und im letzten Jahre vor Auslegung der Wählerlisten die Gemeindesteuern bezahlt haben. Zur „Reform" dieses Wahlrechtsmonstrums unterbreitete die Justizkommission dem Landtag einen neuen Wahlrechtsentwurf, der am Dienstag, den 7. Februar, zur Beratung kommen soll.

Die wichtigsten Bestimmungen des neuen Entwurfs lauten:

Die Bestimmungen über die Wahl der Berufsstände bleiben unverändert. Für berufsständische und allgemeine Wahlen gelten folgende Vorschriften: Wahlberechtigt sind die Bürger und Gemeindegenossen mit einem Einkommen von mindestens 600 Mark in der Stadt Braunschweig und von mindestens 500 Mark im übrigen Herzogtum, wenn sie seit drei Jahren die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzen, das 30. Lebensjahr erreicht haben, mindestens drei Jahre im Herzogtum wohnen, zur Zahlung von direkten Gemeindesteuern verpflichtet sind und ihre Steuern im letzten Jahre vor Auslegung der Wählerlisten bezahlt haben.

Für die allgemeinen Wahlen bleibt es bei dem Dreiklassenwahlsystem, für das die direkte Wahl eingeführt wird. Die erste Klasse soll mindestens 5 Prozent, die zweite mindestens 20 Prozent aller Wahlberechtigten enthalten. Die Bildung der Klassen erfolgt auf Grund der direkten Staatssteuern.

Die Wahlkreise sind unter Aufrechterhaltung der Trennung zwischen Stadt und Land derart zu bilden, daß auf jeden Kreis drei Abgeordnete entfallen. — Es sind 18 städtische und 18 ländliche Vertreter vorgesehen.

Dieser Entwurf bedeutet eine brutale Verhöhnung der arbeitenden Klassen, und eine noch verschärfte Entrechtung. In der Stadt Braunschweig z. B., die neun Abgeordnete zu wählen hätte, entfielen auf die dritte Klasse drei. Die dritte Klasse umfaßt aber etwa 11 500 Wähler, während in der ersten und — zweiten im ganzen kaum 1200 vorhanden sind. Auf dem Lande gestaltet sich das Verhältnis noch ungünstiger.

Gegen diese Wahlentrechtung, an der alle bürgerlichen Parteien mit schuldig sind, hat das braunschweigische Volk am letzten Sonntag in zehn Versammlungen Stellung genommen, und seinen unerschütterlichen Willen bekundet, nicht zu ruhen, bis das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht erobert ist.

Die Versammlungen waren durchweg überfüllt. Nach Schluß der Versammlungen, um ½1 Uhr, zogen die Teilnehmer nach dem Landtagsgebäude. Daran schloß sich unter Hochrufen auf das gleiche Wahlrecht und unter den Klängen von Arbeiterliedern ein Umzug durch die Stadt. Die Polizei hatte sämtliche Zufahrtsstraßen nach dem Schlosse hin versperrt. Mit einigen Ausnahmen verhielt sie sich diesmal sehr zurückhaltend. Vor dem Hause des Ministers Hartwieg löste sich der Zug auf, an dem etwa 10 000 Wahlrechtsdemonstranten teilgenommen haben.

Abgesehen von einigen Verhaftungen verlief die Demonstration ohne Zwischenfälle.

Deutsches Reich.

— **Wahlvorbereitungen.** Bei der bevorstehenden Reichstagsersatzwahl in Gießen wird der Bund der Landwirte den antisemitischen Kandidaten, Oberlehrer Dr. Werner, unterstützen. In diesem Beschluß liegt eine Absage an die Nationalliberalen, die den agrarisch gesinnten Professor Gisevius aufgestellt haben in der Hoffnung, die Zustimmung des Bundes der Landwirte zu dieser Kandidatur zu finden. Darin haben sich die Nationalliberalen nun getäuscht und können diese neueste Blamage zu den übrigen legen. Es heißt, Gisevius wolle seine Kandidatur niederlegen.

Der frühere Gouverneur von Südwestafrika, Herr von Schuckmann, hat die Kandidatur im Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde nunmehr definitiv angenommen. Damit ist der Antisemit Bruhn abgesägt, denn ohne die Hilfe der Konservativen ist es völlig ausgeschlossen, daß er auch nur in eine Stichwahl kommen kann. Herr v. Schuckmann machte seiner Zeit viel von sich reden, als er als Landtagsabgeordneter den preußischen Landtag eine fulminante Rede gegen die Berliner Helligkeit und das Berliner Nachtleben schmetterte.

Im ersten weimarischen Reichstagswahlkreise wird der Hansabund die von den Fortschrittlern und Nationalliberalen aufgestellte Kandidatur des Schuldirektors Enders unterstützen.

11] **Was ist Ruhm?** [Nachdr. verb.

Roman von Max Kretzer.

„Wie Sie das alles verstehen," warf Frau Munk ein und lachte abermals. Breit und fest hatte sie sich auf das Sofa gepflanzt, die Rechte auf den derben Schirm gestützt, mit der ganzen Koketterie einer noch hübschen Frau, die nun von Eitelkeit auf ihre Tochter erfüllt ist, in der sie ihr Ebenbild erblickt. „Ach, da bist du ja wieder, du liebes Turtelchen," rief sie dann aus, als Kempen die weiße Taube aus dem Behälter nahm und sie Klara in die Hände gab, um zu sehen, wie sich alles machen würde. „Laß dich nur nicht beißen, sie war immer so wild."

Das Tier flügelte und schnäbelte nach dem Mund, saß dann aber still an der Brust wie lebender Flaum. Kempen rückte den Modellierbock zurecht und begann schweigend seine Arbeit, um die erste rohe Skizze zu haben. Kühn warf er den Ton an, knetete dann darauf los, wobei die Finger ihm das Werkzeug ersetzten. Alles wuchs unter seinen Händen, zwar nur in groben Zügen, aber als Abbild dessen, was er zeigen wollte. Niemand sprach ein Wort.

Zweimal noch ließ Frau Lemke sich blicken, um sich am Ofen schaffen zu machen; aber ihre Miene verriet, daß nur die Neugierde sie hereingetrieben habe.

Die Mutter hielt wacker bis zum Schluß aus. Zwar war sie auch am andern Morgen wieder zur Stelle; als sie dann aber eine halbe Stunde unverwüstlich gesessen hatte und nur das ernste Arbeiten dieses merkwürdigen Mannes sah, der stets knurrte und brummte, höchstens mit den Fingern sein Modell zurecht rückte, sonst aber kein Lächeln und kein zärtliches Wort herausbrachte, fand sie diesen Bewachungsdienst ebenso langweilig als überflüssig, und so empfahl sie sich mit der Ausrede, noch einen wichtigen Gang zu haben.

Die Skizze war fertig und hatte gefallen. Nach einer zweitägigen Pause ging Kempen an die Ausführung im Großen. Jeden Morgen pünktlich erschien Klara und nahm sofort ihren Platz ein; stets hatte sie ihren besten Staat an, in dem sie sich ungemein wohlig zu finden schien, denn sie bewegte sich freier, fühlte sich mehr als ein gewichtiges Persönchen, gehoben durch diese neue Welt, in die sie plötzlich versetzt worden war. Sie ahnte ihren Wert, sah sich aus Licht gebracht wie ein ernstes, seliges Hauspflänzchen, das erst der Sonne bedurfte, um sich zu entfalten. Frühzeitig sich selbst überlassen, hinausgeschickt in die große Stadt, um treppauf treppab zu laufen, war ihr Verstand geschärft worden, hatte sie sich jene Lebensklugheit angeeignet, die bei diesen Kindern den Jahren voraus zu eilen pflegt. Ihr größter Stolz war, daß sie beim Nichtstun verdiente, immer geputzt wie zum Gang nach der Kirche. Wie hatte sie sich sonst manchmal abschleppen müssen, um nachher, sobald das Glück ihr günstig war, mit fünf Pfennigen Trinkgeld von dannen zu gehen! Wenn es jetzt nach ihr gegangen wäre, so hätte sie auch nachmittags so gesessen, in ihre Gedanken versunken, die kraus genug sich kreuzten, nachdem sie sich an die peinliche Stille im Zimmer gewöhnt hatte.

Kempen sprach bei der Begrüßung kein Dutzend Worte, die fast immer die Frage nach dem Befinden ihrer Mutter enthielten; dann war die Unterhaltung vorüber. Er sah nicht mehr das Mädchen, das heranwachsende Weib, sondern nur den atmenden Gegenstand, den er in ein anderes Dasein zu übertragen habe: in das seiner Kunst, in die Empfindung seiner Schöpferwelt. Er erblickte nur Linien und Rundungen, die er veränderte, sobald es ihm geeignet schien. Und sie sah, wie er das linke Auge zukniff und an seinem Modellierholz das Luftmaß vornahm, verspürte seinen Hauch, wenn er dicht an sie herantrat, um die Feinheiten ihres Antlitzes zu studieren, was sie mit der Musterung eines Steines verglich, der ihn kalt lasse wie ein Gesicht aus gefrornem Schnee. „Das sollte nur Mutter sehen mit ihrer Angst!" dachte sie und sicherte innerlich. „Er könnte mich aufessen, ich würde nichts davon merken."

Da war doch Lorensen ein anderer Kerl, als er eines Morgens nicht versäumte, der Sitzung beizuwohnen, um sich mit Kempen über die Arbeit auszusprechen. Die Gewohnheit hatte sie beide künstlerisch verwachsen gemacht, und so sieht jeder die Augen des andern, um seine eigenen Mängel entdeckt zu sehen. So lange sie ihre vier Wände teilten, war das Gleiche geschehen, denn niemals hatte Neid und Eifersucht ihre Seele bewegt; nur der eine Gedanke beherrschte sie: gemeinsam fortzuschreiten bis zur Höhe ihres Könnens.

Diesmal gab also Lorensen den nötigen Fingerzeig. Auch er trat dicht an Klara heran, damit er sich besser in ihre Züge vertiefen könne; aber er übte dabei nicht die Zartheit wie der Genosse. Kempen hatte sich nur den bloßen Hals gedacht, der von einem feinen Linnen umschlossen sein sollte. Lorensen jedoch war anderer Meinung; er wollte dem Auge mehr sinnlichen Reiz bieten, was ganz seiner Natur entsprach.

„Halt mal, mein Kind," sagte er geschäftsmäßig, löste die obersten Haken des Kleidchens und legte die Kanten nach innen um, so daß ein spitzer Ausschnitt sich zeigte. Trotzdem es nicht gefährlich war, stieg brennende Röte in ihr Gesicht, denn sie hatte seine Finger auf ihrer Haut gefühlt; sie wehrte sich nicht, aber wie vom Schreck gelähmt saß sie da, unfähig eines Wortes.

Lorensen, der sich nichts Schlimmes dachte, wollte noch weiter gehen. Kempen aber, der ihre Qual bemerkte, fuhr mit einem strafenden: „Nicht doch, nicht doch!" dazwischen.

Krampfhaft hatte sie die Taube erfaßt und schob sie wie schützend in die Höhe, bis zum Kinn hinauf, selbst nun ein furchtsames Tierchen, das von einem andern Hilfe erwartet.

Lorensen begriff ihn nicht, denn er wollte nur belehren und nichts erleben. Er hatte schon genug enthüllte Jugend gesehen, die dem edlen Zweck der Kunst dienen mußte; und niemals war deswegen ein Zetergeschrei entstanden, denn man ergötzte sich daran mit geschlechtslosen Augen. Dieser herrliche Getreue aber wurde sofort von philisterhafter Neigung durchzogen, sobald sein Eigensinn sich regte; er haßte die Weiber, und doch hatte er etwas von ihrer Keuschheit, wenn er sein zartes Wesen offenbarte.

„Herrgott, hab dich doch nicht, Hermann," sagte Lorensen ärgerlich, ohne sich Zwang anzutun. „Zu was ist sie denn hier? Manchmal bist du furchtbar echt."

„Sie ist doch noch ein Kind," brummelte Kempen durch seinen Bart zurück.

„Ja, wenn du so denkst, Hermann, weißt du — dann geh in keine Venushalle. Sie fleddern dich dort ordentlich. Das soll wohl sein."

Trotzdem sie am Fenster standen, hatte Klara alles gehört; und als nun Lorensen, der bald fort mußte, ein paar freundliche Redensarten zu ihr machte, die sie über den Zweck dieser winzigen Entblößung aufklären sollten, war ihr Schreck schon überstanden. Nein, sie wollte kein Kind mehr sein, wie Kempen von ihr behauptet hatte, denn dadurch fühlte sie sich gekränkt. Sie sollten doch wohl sehen, daß sie keine Furcht vor ihnen hatte, daß sie wohl zu würdigen wußte, weswegen sie hier saß und was sie den Künstlern schuldig war. „Soll ich morgen ein Kleid mit Ausschnitt anziehen?" fragte sie vergnügt und zeigte ihre kleinen Zähne. „Ich hab eins, ein weißes. Mutter kann es rasch waschen und plätten."

„Wollen mal sehen," knurrte Kempen.

Lorensen jedoch, der das für Verstellung hielt, begann, sie plump zu loben, zugleich erfreut darüber, mit seiner Kenntnis von dieser Gattung den Sieg davongetragen zu haben. „Na, siehst du, blodes Küken, das ist doch noch mal 'n Wort," sagte er gemütlich und griff zum neckischen Spieß in ihr loses Haar, wogegen sie diesmal nichts einzuwenden hatte. „Man nicht immer gleich so krabbürstig, 'n hübsches Mädel darf sich niemals so zieren, höchstens mal, wenn es vor'm Spiegel steht. Und hier sitzt du vor der Kunst, die versteht keinen Spaß . . . Das alles brauchst du Mutter nicht zu sagen, sonst steckt sie dich wieder in 'n Aschenkasten. Und hier, siehst du, hier sitzt du auf dem Präsentierteller und machst der Welt Freude, die dein Näschen bald bewundern wird."

Sie lachte nun mit ihm, denn sie hatte bereits alles überwunden mit dem gesunden Frohsinn der Jugend, die schon für gute Worte dankbar ist; sie zürnte ihm nicht mehr, denn es saß ihr noch im Gedächtnis, daß er es gewesen war, der sie damals zuerst schön gefunden hatte, was nun jetzt von ihm wiederholt wurde. Und sie fand es merkwürdig, daß der andere bis jetzt nicht das gleiche getan hatte, daß er ihr zuerst aus dem Wege gegangen war, aber sie doch nun für würdig erachtete, sich so eifrig mit ihr zu beschäftigen, als wäre sie wunder was für eine erlesene Person. Lenzeseinfalt wohnte noch in ihrer Brust, und so sang sie mit, wo sie das Singen hörte, ohne an die Gefährlichkeit der Sänger zu denken.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191102 08-11/fragment/page=0002

Belgien.

Leopolds Millionen.

Der Brüsseler Korrespondent der Frankf. Ztg. erfährt aus sicherer Quelle, daß nach dem Tode König Leopolds 9 Millionen aufgefunden wurden, die der Niederfüllbacher Stiftung zugeflossen sind, die Leopold II. unterstellt war. Während man heute noch in Belgien annimmt, daß die Belgien gehörigen Gelder dieser Stiftung im besten Falle 40 Millionen betragen, kann der Korrespondent der Frankfurter Zeitung versichern, daß es 70 Millionen sind, die aus dem Kongostaat von Leopold II. entnommen und die restlich, vorbehaltlich des Einspruchs der Prinzessin Luise, nach einer Erklärung des Ministers des Innern in die Niederfüllbacher Stiftung zurückwandern werden. Hiermit löst sich auch das Rätsel nach dem Verbleib der Millionen, die Leopold II. in der Form von Anleihen oder durch die direkten Erträgnisse der Kronomäne und aus dem Kongostaat bezogen hat, zumal man mit Sicherheit annehmen kann, daß etwa **30 Millionen an eine bekannte Dame geschenkt worden** sind und der Rest zum Ankauf von Schlössern usw. verwandt wurde.

Rußland.

Auch eine Reform.

Der oberste und vornehmste Grundsatz des zarischen Regiments war und ist: das Volk muß in Dummheit und Unwissenheit erhalten werden. In Rußland ist deshalb auch der Branntweinkonsum monopolisiert, d. h. der Staat zieht jährlich etwa 500 Millionen Rubel aus dem Schnaps, während für den Volksschulunterricht so gut wie gar nichts geschieht. Annähernd 70 Prozent der Bevölkerung — auf dem Lande noch weit mehr — sind Analphabeten, können weder lesen noch schreiben! Unter solchen Umständen ist es nur zu erklärlich, wenn der Aberglaube unter der Bevölkerung noch in der schlimmsten Weise grassiert und das Volk in seiner Unwissenheit der Schnapspest und anderen Seuchen massenhaft zum Opfer fällt. Wie schlimm es in dieser Beziehung aussehen mag, läßt sich daraus erkennen, daß sich die Regierung jetzt endlich dazu verstehen will, so etwas wie „obligatorischen Elementarunterricht" einzuführen. Zu solchen Konzessionen wird man einfach durch die fortschreitende Entwicklung und besonders durch die Ausbreitung der Industrie im Lande gezwungen. Allerdings: beschämend wenig ist es, was die Regierung für diesen notwendigen Zweck vorgesehen hat. In der Vorlage, die in der Montagssitzung der Reichsduma zur Beratung stand, begnügt man sich mit lächerlich geringen Forderung einer jährlichen obligatorischen Ausgabe von 10 Mill. Rubel für die Dauer von zehn Jahren. Der Finanzminister erklärte, daß die Regierung mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Frage bereit sei, diese jährliche Ausgabe für den genannten Zweck festzusetzen. Das Zentrum stimmte der Vorlage zu, will aber nicht über 8 Millionen Rubel bewilligen! Der Staat müsse bei der Festlegung obligatorischer Ausgaben „Vorsicht" beobachten. — Das heißt, wenn diese Ausgaben die Volksbildung, und nicht den Militarismus betreffen. So ist es in Rußland wie in — Preußen-Deutschland!

Türkei.

Ein neuer Aufstand der Albanesen

scheint sich vorzubereiten. Wie aus Saloniki gemeldet wird, ist der Albanesenchef Assan Ferowitsch mit seiner Bande bis Gussinje vorgedrungen und hat die Anhänger der Jungtürken mit Kontributionen bestraft. Der mit 7000 albanesischen Emigranten sich in Montenegro aufhaltende Albanesenchef Isso Bolsetinatz agitiert in Albanien gegen die Türken in lebhaftester Weise. Der angekündigte Aufstand gewinnt daher immer mehr an Wahrscheinlichkeit.

Mexiko.

Neue Kämpfe.

In Nordmexiko scheint die Situation noch unverändert zu sein. Um den Besitz der der texanischen Grenzstadt El Poso gegenüberliegenden mexikanischen Stadt Ciudad Juarez ist am Montag heftig gekämpft worden. Eine Abteilung Revolutionäre zersprengte, wie dem B. T. aus Neuyork gemeldet wird, 600 Mann Regierungstruppen, wobei die Verluste auf beiden Seiten sehr groß waren. Es gelang zwar einem Teil der Regierungstruppen, in die ganz verlassene Stadt Juarez einzuziehen, aber mit dem Verlust der meisten Waffen und Geschütze. Die Regierungstruppen hatten bei den Kämpfen **über 100 Tote und Verwundete.** Der Bruder des Rebellenführers Madero, der in Neuyork weilt, erklärte, Juarez sei der Schlüssel der Situation. Der Fall dieses Platzes werde der Anfang vom Ende der Herrschaft Porfirio Diaz sein.

Marokko.

Ueberfall auf Europäer.

Dem Pariser Matin wird aus Melilla gedrahtet: Fünf Europäer, die sich aus dem Departement Oran in Westalgerien nach Melilla begaben, wurden am 29. Januar auf dem linken Ufer des Grenzflusses Muluya von Angehörigen eines marokkanischen Rifsstammes angegriffen. Nur einer der Flüchtlinge brachte dann die Kunde von dem Ueberfalle nach Melilla. Wie es heißt, schnitten die Marokkaner den Erschlagenen die Köpfe ab und verstümmelten die Leichname. Ueber Namen und Nationalität der Ermordeten verlautet noch nichts.

Gewerkschaftliches.

Die Versicherungsgesellschaft Viktoria,

deren ertragreichster Versicherungszweig die sogenannte Volksversicherung ist, entpuppt sich jetzt immer mehr als Feindin der Koalitionsfreiheit ihrer Angestellten. Für die Volksversicherung werden besonders viele Abschlüsse in Arbeiterkreisen gemacht. Arbeitergroschen sind also der Gesellschaft zur Vermehrung ihres Millionengewinnes sehr willkommen, Arbeiterrechte aber tritt die Viktoria mit Füßen!

Früher duldete sie schmunzelnd, daß besonders ihre Außenbeamten, die Einnehmer und Akquisiteure, sich organisierten, begünstigte das doch gleichzeitig die Einführung ihrer sogen. Volksversicherung in die Reihen der organisierten Arbeiter. Nachdem aber ihre Angestellten durch ihre gewerkschaftliche Organisation für die Verbesserung ihrer recht dürftigen Arbeits-Bedingungen wirken wollen, da greift die Viktoria zur Maßregelung von organisierten Einnehmern.

In Dortmund hat sie jüngst alle organisierten Einnehmer gemaßregelt und dieser Tage hat sie in Berlin und in Oberhausen drei Einnehmer kurzerhand entlassen.

Was dieser Unternehmerwillkür besondere Beachtung verschafft, das ist die zynische Offenheit, mit der sich die Direktion zu diesem Terrorismus bekennt. Einer Vertretung ihrer Dortmunder Angestellten, die wegen eines gemaßregelten Kollegen vorstellig wurde, erklärte sie mit dürren Worten:

„. . . Die Suspension vom Dienste erfolgte wegen seiner mit den geschäftlichen Interessen unverträglichen Agitation im Kreise unserer Beamten für die Organisation. Wie wir uns weder um die politischen noch um die religiösen Anschauungen unserer Beamten irgendwie kümmern, so können wir ebensowenig irgend eine Agitation im Kreise derselben gestatten und deshalb hat sich Herr . . . . für die Stellung eines Einnehmers unmöglich gemacht . . . ."

Mit solcher scharfmacherischen Ueberhebung kann sich die Viktoria arg in die Nesseln setzen, denn den um ihre Koalitionsfreiheit kämpfenden Versicherungsangestellten stände für eine Abwehr sicher die hilfsbereite Sympathie der Arbeiterbewegung zur Seite. Der Appell des Verbandes der Bureauangestellten an die Arbeiterschaft, die organisierten Versicherungsangestellten in ihren gewerkschaftlichen Bestrebungen zu unterstützen, würde gehört werden. Vor allem wird in erster Linie von jedem Gewerkschaftler Gewicht darauf gelegt werden müssen, nur mit gewerkschaftlich organisierten Einnehmern und ebensolchen Angestellten geschäftlich zu verkehren. Die organisierten Einkassierer führen als Ausweis eine Kontrollkarte des Verbandes; sie ist nur dann gültig, wenn der laufende Monat abgestempelt ist. Deshalb, fragt die Versicherungsangestellten nach diesem Organisationsausweis!

Meldungen über Gewerkschaftskämpfe.

Der Bergarbeiterstreik auf der Donnersmarck-Grube bei Rybnik, O.-S., ist nach achtwöchiger Dauer zusammengebrochen. 450 Bergleute standen bei sehr niedriger Unterstützung einmütig im Streik; die polnische Gewerkschaft zahlte ihren Leuten nur fünf Mark pro Woche Streikunterstützung. Der Streik wird aber dennoch auch den oberschlesischen Kohlenmagnaten eine Warnung sein, denn er ist doch nicht spurlos am dortigen Wirtschaftsleben vorübergegangen.

In den Papierfabriken Rosenhagen-Blankenburg haben zu. 600 Arbeiter die Arbeit niedergelegt, weil der Unternehmer, Kommerzienrat Wiede, den Austritt aus der Organisation forderte und jeden, der sich weigerte auszutreten, entließ.

Auf der Dortmunder Zinkhütte, A.-G., haben 200 Arbeiter ihre Kündigung eingereicht, weil die Firma die von den Arbeitern eingereichten Forderungen schlankweg ablehnte. Die Gesellschaft ist übrigens auch Eigentümerin der Zeche Lukas, die erst vor sechs Wochen bestreikt wurde.

In der Schuhfabrik von Greve & Sasser in Wurzen haben die Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt. Verhandlungen, die zwischen dem Gauleiter des Zentralverbandes der Schuhmacher und dem Firmeninhaber stattfanden, hatten zu keinem Ergebnis geführt.

Bei der Firma Göth & Fischer in Groitzsch (Sachsen) bestehen ebenfalls Differenzen. Verhandlungen sollen im Beisein von Vertretern des Verbandes sächsischer Industrieller und des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands stattfinden. — Zuzug ist nach allen oben genannten Orten fernzuhalten.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Halle, 6. Februar.

In dem Prozeß Müller wegen Körperverletzung mit Todeserfolg, worüber wir bereits gestern berichteten, bestätigten die geladenen Zeugen den mitgeteilten Sachverhalt. Der Alkohol hat das Opfer gefordert. Drastisch erklärte ein Zeuge: „Meine Herren, wir hatten alle einen genebbelt und da wissen Sie ja ock, wie das so hergeht." Nicht bloß der Angeklagte, sondern auch der Getötete soll am betreffenden Abend händelsüchtig gewesen sein. Der geladene Sachverständige bekundete, der Stich sei in die Gehirnhöhle gedrungen und habe auch die Rückenmarkskanalhaut verletzt. Der Tod sei zweifelsohne durch den Stich bewirkt worden. In Frage kam, ob der Angeklagte in Notwehr gehandelt habe. Davon, so meinte der Staatsanwalt, könne gar keine Rede sein. Die Tat grenze an Totschlag. Mit Rücksicht auf den Alkoholgenuß sollten mildernde Umstände nicht mehr zugebilligt werden. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage, billigten aber mildernde Umstände zu. Beantragt wurde eine Gefängnisstrafe von drei Jahren sechs Monaten mit dem Hinweise, wo das blanke Messer eine Rolle spiele, da sei eine empfindliche Strafe am Platze. Das Urteil lautete auf

drei Jahre Gefängnis,

von welcher Strafe zwei Monate auf die erlittene Haft als verbüßt erklärt wurden.

Aus den Nachbarkreisen.

Der Kampf ums Koalitionsrecht.

Der Kampf, den die Eilenburger Arbeiterschaft gegenwärtig zur Abwehr der unverschämten Zumutung der Fabrikanten zu führen hat, nimmt schärfere Formen an. Am Montag früh ist in der Zelluloidfabrik von den bekannten Hamburger Streikbrecherlieferanten ein großer Trupp „Rausreißer" eingetroffen, die, wie festgestellt worden ist, unter falschen Vorspiegelungen angelockt und nach Eilenburg transportiert worden sind. Im Asyl für Obdachlose in Hamburg wurden durch Anschlag „200 Hausknechte für auswärts" gesucht. Erst unterwegs, in Magdeburg, wurde den Leuten die wahre Bestimmung bekannt. Einige sind denn auch sofort wieder umgekehrt. Die anderen, von denen vielleicht der größte Teil noch nicht darüber aufgeklärt ist, welche Rolle man ihnen zumutet, wurden nach Eilenburg weiter transportiert und unter starker polizeilicher Bedeckung vom Bahnhof nach der Fabrik gebracht, wo sie einlogiert sind und auch gleich verpflegt werden.

Daß sich die Polizei vollständig als Dienerin des Unternehmertums fühlt, geht aus folgendem hervor: In Hamburg wurden von jungen Leuten Zettel verteilt, daß Fabrik-, Lager- und Erdarbeiter, sowie Schlosser und Schmiede nach Eilenburg gesucht werden. Ohne zu ahnen, daß es sich um Streikbrecherei handelt, fuhr auch ein Schmied mit. In der Zelluloidfabrik angekommen, erklärte er, daß er die angewiesene Arbeit nicht verrichten könne und das Reisegeld zurückverlangen müsse. Auf der Polizei wurde ihm auf die erhobene Beschwerde entgegnet, daß der Polizeisekretär ihm andere, säurefreie Arbeit vermitteln würde. Die Polizei hat sich also mit den Stadträten und Ehrenbürgern gegen die Arbeiterschaft verbunden. Den dreisten Verdrehungsversuch, den sich der Strohmann der Unternehmer Franke, in seinem Leibblatte erlaubte, haben wir bereits gestern gebührend gekennzeichnet.

Welche kampffrohe Stimmung die Eilenburger Arbeiterschaft beseelt, zeigte der glänzende Verlauf der am Sonnabend im Tivoli stattgefundenen öffentlichen Einwohnerversammlung. Eine Versammlung, wie sie in Eilenburg noch nicht gesehen worden ist, denn es waren über 1500 Personen, Männer und Frauen in gleicher Zahl anwesend. Gewerkschaftssekretär Undeutsch-Magdeburg schilderte im einzelnen die Machinationen des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie, der bei dem Vorgehen der Eilenburger Kapitalisten der treibende Keil sei. Der Bürgermeister habe jetzt plötzlich keine Zeit gehabt, um mit Rücksicht auf das Gemeinwohl Mittel und Wege zu finden, beizeiten einem solchen Kampfe, wie er jetzt entbrannt sei, Einhalt zu tun. In der Schützenhausaffäre hatte man es eiliger. Im einzelnen kritisierte der Redner die Bestrebungen der „nationalen" gelben Arbeitervereine. An Stelle des gebundenen, sogenannten nationalen Arbeitsnachweises müsse ein paritätischer, von der Stadtverwaltung unterhaltener und beaufsichtigter Arbeitsnachweis geschaffen werden. Nur ein geschlossenes und ruhiges Zusammenhalten aller Ausgesperrten und die Unterstützung der übrigen Organisierten wird dazu beitragen, daß die freiorganisierte Arbeiterschaft im Kampfe den Sieg davontrage.

In der Diskussion mahnte Gewerkschaftssekretär Haak zur Ruhe und Einigkeit. Die Verbindung der Arbeitgeber mit den gelben Elementen werde ihnen noch teurer zu stehen kommen, als wenn sie ihren Arbeitern einen ausreichenden und auskömmlichen Lohn zahlten. — Genosse Raute warnte vor Unüberlegtheiten gegenüber dem nationalen Arbeitersekretär Franke. Provokationen von dieser Seite sollten die Arbeiter aus dem Wege gehen, ein gewisses Gefühl der Reinlichkeit müßte sie davon abhalten. Der Mann sei ja nur ein vorgeschobener Strohmann, die Gliederpuppe in den Händen des Reichsverbandes. Das kleine Bürgertum, die kleinen Gewerbetreibenden hätten den vom Unternehmertum aufgezwungenen Kampf auszukosten. Dieser Kampf, durch den die staatsbürgerlichen und politischen Rechte beschnitten werden sollen, wird das Erwerbsleben aufs Schwerste schädigen. Die Eilenburger Arbeiterschaft habe einen Vorkampf auszufechten, der, wenn er hier für das Unternehmertum gelinge, anderwärts mit größerer Leichtigkeit durchgeführt werde. Eilenburg ist somit das Versuchsfeld. Die Arbeiter wüßten, was ihnen bevorstände. Sie sollten sich der Ehre, zuerst einen solchen Kampf durchzufechten, würdig erweisen; kaltes Blut und Ruhe bewahren, in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe auszuharren im Interesse der freiorganisierten Arbeiterschaft. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute von weit über 1500 Arbeitern und Arbeiterinnen besuchte Versammlung erklärt, daß sie den von dem Unternehmertum aufgedrungenen Kampf um das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht aufnimmt und nicht eher Frieden schließt, als bis das Koalitionsrecht der Arbeiter sichergestellt ist. Da der Angriff der Unternehmer sich gegen die gesamte freiorganisierte Arbeiterschaft richtet, erwarten die Versammelten, daß alle Organisierten die direkt Angegriffenen nach jeder Seite hin unterstützen."

Dem Halleschen Generalanzeiger wird aus Eilenburg folgendes geschrieben:

„Der Ausgang des Kampfes, bei dem es sich nicht um einen Lohnkampf oder um Verkürzung der Arbeitszeit, sondern um den Fortbestand des Nationalen Arbeitervereins handelt, hängt davon ab, ob die Hirsch-Dunckerschen und die Christlichen Gewerkschaften genügend Arbeiter zur Fortführung der Betriebe stellen können und fest bleiben."

Stimmt vollkommen! Um die gelbe Sumpfpflanze am Leben zu erhalten, preßt man freiorganisierte Arbeiter in die „Nationalen Arbeitervereine", tritt das gesetzlich garantierte Koalitionsrecht mit Füßen und wirft einfach Hunderte von Arbeitern auf die Straße. Und zu dieser schurkischen Tat haben die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und die christlichen Gewerkschaften ihre Hand geboten; ja die Niederlage der freien Gewerkschaften und das Fortbestehen der gelben Streikbrecherkolonne ist gesichert, wenn Hirsche und Christen genügend Streikbrecher liefern und „fest bleiben". Und da heulmeiern diese Aucharbeiterorganisationen, wenn ihnen offener bewußter Arbeiterverrat vorgeworfen wird. An die Einigkeit der Kämpfenden wird die reichsverbändlerische, christliche, Hirsch-Dunckersche Koalition zerschellen.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null).

	Nutzrut und Saale.				Fall	Wuchs
Artern, Brückenpeg.	5. Febr.	+0,49	6. Febr.	+0,49	—	—
Nebra, Oberpegel .	„	+2,16	„	+2,12	0,04	—
„ Unterpegel .	„	+1,52	„	+1,48	0,04	—
Weißenfels, Oberpg.	„	+2,52	„	+2,50	0,02	—
„ Unterp.	„	+0,54	„	+0,48	0,06	—
Trotha	„	+2,14	„	+2,10	0,04	—
Alsleben, Oberpegel	„	+2,48	„	+2,51	—	0,03
„ Unterpegel	„	+1,81	„	+1,81	—	—
Bernburg	„	+1,35	„	+1,39	—	0,04
Kalbe, Oberpegel .	„	+1,68	„	+1,64	0,04	—
„ Unterpegel .	„	+1,14	„	+1,18	—	0,04
	Elbe.					
Dresden	5. Febr.	—0,58	6. Febr.	—0,68	0,10	—
Torgau	„	+1,72	„	+1,68	0,04	—
Wittenberg	„	+2,76	„	+2,67	0,09	—
Roßlau	„	+2,31	„	+2,18	0,13	—
Barby	„	+2,58	„	+2,43	0,15	—
Magdeburg	„	+2,16	„	+2,01	0,15	—

Quittung. 2 Mark von den Fabrikarbeitern Merseburgs durch D. G. Schmidt.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, Lokales Otto Niebuhr, Provinzielles und Versammlungsberichte Gottl. Kasparek, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Welchen Eigenschaften hat Kathreiners Malzkaffe seine ausgedehnte Verbreitung zu verdanken?

Erstens seiner absoluten Unschädlichkeit und hervorragenden Bekömmlichkeit, die von Autoritäten der Wissenschaft und Aerzten bestätigt wird.

Zweitens seinem angenehmen kräftig-aromatischen Wohlgeschmack, der ihm immer neue Freunde gewinnt!

Drittens seiner großen Ausgiebigkeit und Billigkeit. — Aus einem 10 Pfennig-Paket kann man sich 20 Tassen bereiten.

Viertens seiner immer gleichmäßig vorzüglichen Qualität.

Der Gehalt macht's!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191102 08-11/fragment/page=0003

M. BÄR's Nachfl. 95 Pf.-Woche

Der kolossale Erfolg

1 lebender Papagei mit Bauer 95 Pf.

ist der beste Beweis, was wir bieten.

1 Hausapotheke extragross, Neuheit 95 Pf.

1 Spülbürsten-Garnitur, 6teilig . 95 Pf.

1 Paneelbrett, elegant verziert . . . 95 Pf.

1 Putzkasten
1 Wichskasten
1 Auftragbürste
1 Kleiderbürste
1 Schmutzbürste
zus. 95 Pf.

Täglich neue Auslagen.

1 Dose Brechbohnen
1 Dose Grünkohl
1 Dose Kohlrabi
1 Dose Wachsbohnen
bek. Ia. Qual.
zus. 95 Pf.

3 Rieg. Orangh. Kernseife zus. 95 Pf.

10 Dosen Sirroco, bester Schuhcreme 95 Pf.

1 Tablett mit Einlage, Neuheit 95 Pf.

Verein für Naturheilkunde Halle-Nord, E. V.

Mittwoch den 8. Februar abends ½9 Uhr im Burgtheater

Damen-Vortrag

über Frauenleiden, ihre Ursachen, Verhütung und Heilung.
Referentin: Frau Albrecht.
Um regen Besuch bittet Der Vorstand.

Kohlenhandlung Paul Theuring

Fischerplan 5 Telefon 3562

empfiehlt

Pa. Salonbriketts ab Lager pro Zentner 53 ₰, frei Haus „ „ 63 ₰

Pa. Pressteine ab Lager pro 1000 St. 10.50 ℳ, frei Haus . . . . . 13.00 ℳ

Handwagen jeder Grösse zur Verfügung.

Dr. Thompson's Seifenpulver

spart

Arbeit, Zeit, Geld.

½ ℔ Paket 15 Pfg.

Achtung! Fleisch-Offerte. Achtung!

Diese Woche Ausnahme-Preise:

Rindfleisch, zum Kochen Pfd. 60 Pfg.
Schweinebauch „ 70 „
„ zum Braten „ 75 „
Kamm und Kotelett „ 80 „
Rot-, Mager- und Schwartenwurst Pfd. 60 Pfg.
Knackwurst und Gehacktes Pfd. 70 Pfg.
Schlackwurst und Salami, gute, feste Ware, Pfd. 1.00 Mk.
Alles andere wie bekannt.

P. Kuhn's Wurstfabrik, Olearius strasse 13.

Nur drei Worte!

Lorenz
Billige
Schuhwaren!

Schuhwarenhaus Lorenz, Leipzigerstr. 64.

Söffner's Masken-Garderobe-Geschäft

Gegr. 1868. befindet sich **Bölbergasse 3, II**
und hält sich bei billigster Berechnung bestens empfohlen.

Bandwurm mit Kopf

Verschiedene Kuren habe ich gemacht, um den lästigen Bandwurm los zu werden, aber alles verlogte; ich half mir daher Ihr Bandwurmmittel Kettaen ja schicken, welches von vorzüglicher Wirkung war und breche Ihnen hiermit meinen herzlichsten Dank aus und werde demselben sein, das Mittel weiter zu empfehlen. Hochachtungsvoll Emma Schöps, Rl.-Rochbern, im Mai 1910. Kettaenia I. Grmachsne 2,50 ℳ, f. Kind. 1.50 ℳ. ist erhältlich in den Apotheken.

Engel-Apotheke, Kleinschmieden 6, Hirsch-Apotheke, Markt 17, Schwanen-Apoth., Merseb. Str. 20, Löwen-Apotheke, Brüderstr. 17.

Freie Fahrt nach Gera!

Kleider
Blusen
Knaben
Herren
Kostüm

-Stoffe und

Rester Rester Rester

kaufen Sie am billigsten im **Fabrik-Lager Gera,** Ecke Sorge, Eing. Humboldtstr. 2 a, I.

Bei Einkauf über ℳ 20.— vergütet die Herfahrt 4. Klasse trotz billigster Preise.

Ernst Hammerschmidt, Gera.

Sonntags geöffnet 7-9, 11-1 Uhr.

Därme

zum Hausschlachten kauft man am billigsten bei

Gust. Poproth, Halle a. S., Rl. Ulrichstr. 1.

Arbeiter- und Berufskleidung,

erprobt gute, haltbare Qualitäten.

Wirklich billige Preise!

Imit. Leder-Hosen,	eisenfest	4.50	3.25	2.20
Struck-Hosen,	stärkste Näharbeit	4.25	3.50	2.95
Zwirn-Hosen,	fest, leicht waschbar	3.00	2.50	2.25
Drell-Hosen,	haltbare Qualität	2.50	1.90	1.75
Drell-Jacken,	bequemer Schnitt	3.00	2.75	2.25
Monteur-Jacken,	schräg oder gerade	2.20	1.60	1.20
Arbeiter-Blusen,	gestreift und glatt	1.65	1.50	1.25
Maler-Kittel,	gute haltbare Qualität	2.75	2.50	2.40
Fleischer-Jacken,	beste Stoffe	3.75	3.50	3.25
Konditer-Jacken,	vorzügl. Croise	3.50	3.25	2.75
Mechaniker- u. Bildhauer-Kittel			3.25	2.40
Friseur-Jacken,	gut sitzend	3.00	2.75	2.50
Maurer-Blusen	mit Gürtel			2.10
Diener-Jacken	vorzügl. Qualität		4.25	3.75
Schutzmäntel	für Aerzte	6.00	5.00	2.40

Alex Michel,

Halle a. S., Marktplatz 18, Ecke Kleinschmieden.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins

Tee-Eier in Nickel 25 Pfg.

C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

F. W. Prüfer,

Osendorf.

Bringe hiermit mein **Schuhwaren-Lager** in empfehlende Erinnerung

Konfirmanden-Schuhe u. -Stiefel in jeder Preislage.

Genossen, aufgepasst!

Von heute ab liefere ich:
Sohlen u. Absätze f. Herrenst. 2.50, desgleichen f. Damenst. 1.70.
Kinderschuhe je nach Größe.
Nur bestes Kernleder wird verarbeitet.

Aelteste Schuh-Klinik, Lauchstädterstraße 6.

Mäßigster verk. Genossenschaftsbuchdruckerei

---

† Frauen † hüten sich

vor nutzlosen Nachahmungen, welche immer wieder auftauchen, und nehmen bei Störungen nur noch die echte Perioden-Tinktur, Preis ℳ 6,80. Diskret und portofrei d. Chem. Laboratorium **Monopol, Berlin 169 SW., Lindenstr. 106.**

Richard Flemming, Halle a. S., Schmeerstraße 22.
Optische Anstalt.
Große Auswahl, billigste Preise!

Hasen- und Kaninchen-Felle
Lumpen, altes Eisen, Papier, alte Zeitungen usw. kauft stets zu hohen Preisen
A. Samuel, AlterMarkt 7.

Guten kräft. Privat-Mittagstisch
50, 60 u. 70 Pfg. empfiehlt
M. Beyer, Friedrichstr. 6.

Speisen Sie im Gasthof 3 Könige

Kleine Klausstraße 7.

Turn-Verein Schiepzig.

Sonntag den 12. Februar, von abends 7 Uhr an:

Maskenball

Hierzu ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

Masken liegen im Lokal aus.

Mittwoch den 8. Februar

Schlachtefest

Früh von 9 Uhr an Wellfleisch, abends frische Wurst.
Hierzu ladet ergebenst ein
R. Schlund
Merseburgerstr. 161 (Rizzi-Bräu).

Heute **Schlachtefest.** Marie Böttcher, Trifftstraße 2.

Morgen, Mittwoch, **Schlachtefest.** Früh 8 Uhr: Wellfleisch. Otto Becker, Krollwitz.

Jeden Mittwoch **Schlachte-Fest.** F. Klaage, Reesenerstr. 1.

Bettnässen.

Befreiung garant. Auskunft umsonst. Alt. u. Geschl. angeb. B. Schoene & Co., Frankfurt a. M. 372.

Kräuter- u. Altheebonbons
geg. Husten u. Heiserkeit empfiehlt
Alb. Hampe, Leipzigerstr. 66. Mitgl. d. R.-Sp.-V.

Frische Makronen, pro Pfund 1 Mk. 20 Pfg., zu haben bei
Carl Booch, Breitestr. u. Marktplatz, im Turm.

Frettchen zu verkaufen. Spitze 29, II.

?

Warum verwenden Sie nicht **Dr. Gentner's** Veilchenseifenpulver **„Goldperle“**
Wissen Sie denn nicht, dass jedem Paket ein prakt. Geschenk beiliegt?
Alleiniger Fabrikant:
Carl Gentner, Göppingen.

Wohnungs-Einrichtungen

in nur solider Ausführung zu
M. 400 500 600 700 800 etc.
empfiehlt
G. Schaible,
Gr. eigne Werkstätten,
Gr. Märkerstr. 26.
Kataloge gratis und franko.

Herren- u. Damen-Masken billig zu vl. Alt. Markt 7, III. Eing. Jenkerstr.

Standesamtliche Nachrichten

Halle-Süd (Steinweg 2) 6. Febr.

Aufgeboten: Fabrikbesitzer Müller u. Elsbeth Böhme (Mühlhausen u. Steinweg 55). Geschirrführer Möllmann und Emma Schwarzwalder (Streiberstraße 29 u. Schlamm 11). Maurer Baumgart und F. A. Otto (Delitz a. B.) Beschlagschmied Vormann und A. J. E. Grosche (Halle und Rottleben). Kaufmann Kramer und F. A. E. Friedemann (Halle und Braunschweig). Arbeiter Nowack und M. M. Janczak (Walentynor und Lonkocin).

Eheschließung: Rangierer Schuhmann und Ida König (Männerhöhe 44).

Geboren: Versicherungsbeamt. Schulze T. (Nickel Hoffmannstr. 16). Lokomotivheizer Lohmann Sohn (Freiimfelderstraße 15). Weichensteller Wild S. (Glauchaerstr. 55). Schaffner Römer T. (Wörmlitzerstraße 97). Arbeiter Hobusch S. (Landsbergerstr. 63). Anstreicher Bachmann Tocht. (Jenkerstr. 15). Arbeiter Krebs T. (Unterplan 9). Geschirrführer Feitel S. (Unterplan 5). Arbeiter Gebe Tocht. (Mühlberg 4). Kaufmann Kroebel S. (Zapfenstraße 21). Arbeiter Rabe S. (Brunoswarte 2). Buchhalter Brode S. (Ludwigstraße 8). Postboten Krüger S. (Steg 10).

Gestorben: Magistrats-Assistent König, 31 J. (Gr. Steinstr. 35). Formermstrs. Probst S., 2 Mon. (Landsbergerstr. 54). Arbeiters Burchwitz Ehefr., geb. Richter aus Dölkeln, 49 Jahre (Klinik). Arbeiter Jaiecke, 80 J. (Beesenerstraße 10). Arbeiter Bremer aus Rietzedt, 28 J. (Klinik). Dienstmann Brömme Ehefrau, geb. Lemung, 70 J. (Friedrichstr. 59).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a).

6. Februar.

Eheschließung: Militärinvalide Bust und Luise Spieker, geb. Stolze (Seydlitzstraße 6).

Geboren: Direktor Schulz S. (Rich. Wagnerstraße 52).

Gestorben: Lehrer Christel a. Naumburg, 69 J. (Diakonissenhaus). Arbeiters Sommers S., 4 Monate (Georgstraße 13). Tapezierers Baumerter S., 11 Mon. (Bernburgerstr. 16). Geh. Kommerzienrat Bethde, 81 J. (Burgstr. 45). Maurers Becker T., 2 W. (Dölauerstraße 15). Oekonom Leonhardt, 75 J. (Wilhelmstr. 1). Invalide Dreißig, 71 J. (Oessingstraße 16). Superintendenten a. D. Saran Ehefrau geb. Herrfurth, 71 Jahre (Wittekindstraße 9 a). Geschirrführers Güldenpfennig S., 3 J. (Kabelhäuser 8). Restaurateur Vollmer, 39 J. (Fleischerstraße 25). Fleischers Kraneis T., totgeb. (Geisstraße 35).

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: porm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110208-11/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 33 Halle a. S., Mittwoch den 8. Februar 1911 22. Jahrg.

Gericht über die Justiz.

Deutscher Reichstag.

120. Sitzung. Montag, den 6. Februar 1911, nachmittags 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Graf v. Kanitz (konf.), betreffend die **Ueberschwemmung des deutschen Geldmarktes mit fremden Werten.**

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich bereit, die Interpellation Ende dieser oder Anfang nächster Woche zu beantworten.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. Aenderung des

Gerichtsverfassungs-Gesetzes und der Strafprozeßordnung.

Abg. Dr. Brunstermann (Rpt.): Wenn wir auch keine Anträge gestellt haben, sind wir doch keineswegs mit sämtlichen Kommissionsbeschlüssen einverstanden. Jedenfalls sollte der Reichstag nicht an Beschlüssen festhalten, denen die Regierung ein Unannehmbar entgegensetzt, damit der Entwurf nicht scheitert.

§ 8 macht die Zulassung zur Vorbereitung für den Justizdienst abhängig vom Nachweis eines bestimmten Vermögens oder Einkommens.

Hierzu beantragen die Abgg. Albrecht und Gen. zuzufügen: „Ebensowenig darf die Zulassung von der politischen oder konfessionellen Gesinnung oder Betätigung des sich zur Aufnahme Meldenden abhängig gemacht werden" und weiter als § 3a hinzuzufügen: „Die Entfernung aus dem Vorbereitungsdienst darf nur auf Grund eines Disziplinargesetzes erfolgen."

Abg. Stadthagen (Soz.):

In Preußen besteht eine Verfügung, wonach die Zulassung zum Referendar von einem bestimmten Jahreseinkommen abhängig gemacht wird. Hätte diese Verfügung schon früher bestanden, so hätte z. B. weder Windthorst noch Miquel Referendar und später Minister resp. Rechtsanwalt werden können. Windthorst besaß keinerlei Vermögen, er erwarb sich seinen Unterhalt während seiner Referendarzeit durch Abschreiben. Die Kommission hat daher vorgeschlagen, daß der Nachweis eines „bestimmten" Vermögens oder Einkommens nicht gefordert werden **darf, aber dieser Vorschlag geht uns nicht weit genug.**

Söhne von Arbeitern

waren dadurch von der juristischen Karriere vollständig ausgeschlossen werden. Ich bitte Sie dringend, zum mindesten das **Wort „bestimmt" in diesem Passus zu streichen. Weiter haben wir beantragt,** hinzuzufügen, daß auch eine politische oder **konfessionelle** Gesinnung nicht maßgebend sein darf, um jemanden vom Vorbereitungsdienst auszuschließen. Es ist ja bekannt, daß Juden in höhere Richterstellen nicht aufrücken, wenn sie sich **nicht „taufen" lassen.** Das entspricht nicht dem Gesetz und der **Gleichberechtigung der Konfessionen.** Auch

die politische Gesinnung

darf nicht maßgebend sein, um jemanden vom Vorbereitungsdienst auszuschließen. Ich erinnere an den Fall des hessischen Assessors Katzenstein, der agitatorisch nicht tätig war, aber seine sozialdemokratische Gesinnung nicht verleugnen wollte und deshalb im Jahre 1882 aus dem juristischen Vorbereitungsdienst entfernt wurde. Er wandte sich an die hessische Kammer, die nahezu einstimmig verlangte, daß die Entfernung wieder rückgängig gemacht werde. Es wurde aber dem Verlangen nicht stattgegeben, weil eben eine gesetzliche Bestimmung, wie wir sie jetzt verlangen, fehlte. Eine solche Rechtung fang sich auch gegen das Zentrum und gegen Nationalliberale richten. Auch die liberale Gesinnung kann einmal zum Anlaß genommen werden, jemanden nicht zum juristischen Vorbereitungsdienst **zuzulassen.** Deswegen soll ausdrücklich im Gesetz stehen, daß **die politische** Gesinnung hierbei keine Rolle spielen darf. Nicht immer herrschte diese Praxis; ich erinnere an den späteren nationalliberalen Minister Miquel, der in seiner Jugend nicht **nur Sozialdemokrat war,** sondern beinahe schon die anarchistische Brandfackel schwang. Er hätte sich später nicht zum **nationalliberalen** Minister zurückentwickeln können, wenn die politische Gesinnung damals schon bei der Zulassung zum Vorbereitungsdienst maßgebend gewesen wäre. Mit der Bestimmung, wie sie hier vorgeschlagen ist, erziehen Sie nur

zur politischen Heuchelei.

Die Vorlage soll das geschwundene Vertrauen wieder beleben. Wie soll aber Vertrauen zum Richter bestehen, wenn nur der Richter werden kann, der schon früh gelernt hat, den Rücken zu krümmen. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Wohin es führt, wenn die Rechtsprechung dem Volke entfremdet wird, wenn politische Gesinnungsriecherei in die Rechtspflege hineingetragen wird, haben wir vor 16 Jahren in

Essen

gesehen, als jenes schauerliche Urteil gefällt wurde, das nun endlich aufgehoben worden ist. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Wir bitten alle, denen es wirklich ernst mit der Gerechtigkeit ist, unsere Anträge anzunehmen, die die Integrität der Juristen zu sichern bestimmt sind. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Fortschr. Vpt.): Wir sind für die Anträge der Sozialdemokraten. Sie verlangen ja eigentlich Selbstverständliches; aber es ist manchmal gut und notwendig, daß auch etwas Selbstverständliches in ein Gesetz geschrieben wird. (Lebh. Zust. links.) In der Tat ist die politische und religiöse Gesinnungsschnüffelei ein höchst unwürdiger Zustand. Mehr als eine Existenz ist schon auf diese Weise vernichtet worden. Wir müssen Garantien gegen die Wiederholung solcher Vorgänge schaffen. (Lebh. Beif. b. d. Fortschr. Vpt.)

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Pole) schließt sich durchaus den Vorrednern an. Es ist ja schlimm genug, daß man Selbstverständliches in das Gesetz schreiben muß; aber die Praxis, wie sie gegen Mißliebige aller Art, namentlich auch gegen Polen, geübt wird, zwingt zu solchen Vorsichtsmaßregeln.

Abg. Wellstein (Zentr.) bittet um Ablehnung aller Anträge. Daß eine Garantie dafür geschaffen wird, daß der, der sich zum Vorbereitungsdienst meldet, auch die Vorbereitungszeit wirklich zur Vorbereitung benutzt, ist durchaus angebracht. Daß religiöse und politische Gründe nicht zur Ausschließung aus dem Vorbereitungsdienst mißbraucht werden dürfen, ist nicht nur selbstverständlich, sondern auch verfassungsmäßig festgelegt. (Beif. rechts und i. Zentr.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Fortschr. Vpt.): Es kommt leider manchmal vor, daß die zuständigen Stellen die Verfassung **nicht kennen.** (Sehr gut! und Hört. links.)

Abg. Heine (Soz.):

Herr Wellstein scheint es sehr ungern zu sehen, wenn Referendare während des Vorbereitungsdienstes bezahlte Nebenbeschäftigung haben. In Preußen ist freilich leider die Annahme solcher bezahlter Nebenbeschäftigung verboten. Dabei liegt natürlich die freilich unausgesprochene Ansicht vor, daß

nur reiche junge Leute „würdig" sind,

dem Staate als Referendare zu dienen. — Wir müssen uns auf das entschiedenste gegen eine solche Auffassung wenden. Nicht zum wenigsten auch im Interesse unseres Juristenstandes. Es zum wenigsten auch im Interesse unseres Juristenstandes. Es **muß zur Verdorrung und Verstockung der Justiz führen, wenn sie sich nur aus wohlhabenden Kreisen rekrutiert. Es ist auch** durchaus nicht wünschenswert, wenn die Referendare neben ihrem Vorbereitungsdienst, der unmöglich ihre ganze Zeit in Anspruch nimmt, Anregung nur aus Tennisspiel, Bällen und dergleichen geistreichen Beschäftigungen schöpfen. (Hört. und Zust. links.) Wir bitten nochmals um Annahme unserer Anträge. (Beif. b. d. Soz.)

Die Diskussion schließt.

Die Anträge **Albrecht werden gegen Sozialdemokraten,** Fortschrittler und Polen **abgelehnt.**

Die §§ 1 bis 7 werden in der Kommissionsfassung **angenommen.**

Den § 8 beantragen die Abgg. **Albrecht und Gen.** (Soz.) so zu fassen, daß Richter wider ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung und nur aus Gründen zeitweise ihres Amtes enthoben oder in Ruhestand versetzt werden dürfen, die für ein Mitglied des Reichsgerichts zutreffen, eventl. die in dem mit diesem Gesetz zu verabschiedenden Reichs-Disziplinargesetze für Richter enthalten sind.

Weitere Zusatzparagraphen **sollen nach den Anträgen Albrecht und Gen.** (Soz.) Verwaltungsbeamte, die länger als fünf Jahre dieses oder das Amt eines Staatsanwalts bekleidet haben, vom Richteramt ausschließen, Richtern die Annahme von Orden und Titulaturen verbieten, die Entbehung vom Amt an eine Zweidrittelmehrheit des Plenums des Gerichts binden, an dem der Betreffende Mitglied ist, den Richter ausdrücklich in seinen Amtsverrichtungen von jeder Behörde unabhängig machen und für das Gehalt des Richters nur das Dienstalter maßgebend sein lassen.

Abg. Heine (Soz.):

Es wird Ihnen nicht überraschend sein, daß ich bei dieser Gelegenheit über die Aeußerungen des preußischen Justizministers zu dem Moabiter Prozeß im preußischen Abgeordnetenhause spreche. Auch dem Justizminister kann dies nicht unerwartet sein, aber wir sind es gewohnt, daß er nicht hier ist, wenn über die preußische Justiz gesprochen wird. Die Art, wie er den Landgerichtsdirektor Unger wegen seiner Rechtsbelehrung zur Rede gestellt hat, ist der Anstoß zu unseren Anträgen. Was während der Moabiter Prozesse an

unerhörten Beeinflussungsversuchen der Richter

vorgekommen ist, ist so ziemlich das Aeußerste, was man sich vorstellen kann. (Lebh. Zust. links.) Die Richter und die Geschworenen sind an die Sache sicherlich nicht ohne die Vorurteile herangegangen, die in der Oeffentlichkeit verbreitet waren. Sie standen sicher unter dem Eindruck, es handle sich um eine

„sozialdemokratische Revolte".

Ich habe es mit ansehen können, wie unter dem Zwange der Zeugenaussagen von Tag zu Tag mehr die Ansicht des Gerichts sich änderte. Gerade diese Art richterlicher Tätigkeit verdient Lob. Man kann nicht immer an eine Sache unbefangen herantreten, man hat schon vorher sich ein Bild davon gemacht; aber der gewissenhafte Richter soll dies Bild auf Grund der Verhandlung korrigieren, und das haben

die Moabiter Richter

getan: Sie haben nach dem geurteilt, was sie gehört und gesehen haben und nicht nach dem, was ihnen

von dieser Tribüne aus vorgeschrieben worden ist.

(Hört, hört! links.) Es war ein starkes Stück, daß, nachdem schon Hunderte von polizeilichen Ausschreitungen bewiesen **waren, hier gesagt wurde, die Polizeibeamten haben ihre Schuldigkeit getan.** Das hieß doch: Das ist die Auffassung, die von höchster Stelle aus gewünscht wird und

danach habt ihr euch zu richten.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Man muß doch blind sein, um nicht zu sehen, wie das auf die Richter wirken muß. Von dieser Stunde an hatte das Gericht keine Möglichkeit mehr, unsere Beweisanträge abzulehnen, das Gericht hatte vielmehr die moralische Verpflichtung, selbst weniger begründeten Beweisanträgen stattzugeben, um nicht den Verdacht der Parteilichkeit auf sich zu laden.

Die Herren, die das nicht vorher bedacht haben, haben

die Richter denn doch zu niedrig eingeschätzt.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Obwohl wir Verteidiger noch Hunderte von Fällen hatten, brachen wir die Beweisaufnahme ab, als wir uns sagten, jetzt kann ein gewissenhaftes Gericht nicht mehr sagen, es handle sich nur um Ausnahmefälle. Das Gericht hat dann mit einer Schärfe, die auf

Einstimmigkeit des Gerichts

hinweist, erklärt, daß eine nicht unerhebliche Zahl von groben und schweren Ausschreitungen der Beamten vorgekommen ist. Das war der Effekt unserer Arbeit und der ungeschickten Versuche,

das Gericht zu dirigieren.

Als dann das Laiengericht zusammentam, wurde der Versuch im preußischen Landtag wiederholt. Wieder mußte die Unabhängigkeit der Richter und Geschworenen im Gerichtssaal selbst gegen die Angriffe dort verteidigt werden. Nach der Rechtsbelehrung und dem Urteil hat der preußische Justizminister den Landgerichtsdirektor Unger zur Rede gestellt. Mit welchem Rechte kommt er dazu? (Lebh. Zust. links.) Die Rechtsbelehrung ist ein voller unanfechtbarer Teil des Verfahrens, und jetzt trägt der Justizminister den Vorsitzenden, wie er sie konzipiert hat.

Wo bleibt da die Unabhängigkeit der Richter?

(Lebh. Zust. links.) Es ist nicht angenehm, von dem Vorgesetzten zur Rede gestellt zu werden, von dem es abhängt, ob man vielleicht

sein Leben lang in Schneidemühl

bleibt oder weiterkommt. Hier liegt eine Provokation und eine Einschüchterung des Richterstandes vor. Unter den besten der Berliner Richter hat die Aeußerung des Justizministers Beseler

eine wahre Entrüstung

hervorgerufen. (Lebh. Zust. links.) Der Justizminister hat ja weiter die Rechtsbelehrung des Richters Unger im Landtag kritisiert. Zunächst hat er sie so ausgelegt, wie es kein vernünftiger Mensch tun konnte, und dann hat er nachgewiesen, daß das Ausgelegte falsch sei. Aber was Unger gesagt hatte, war juristisch und sachlich **vollkommen unanfechtbar** und stand auch nicht im Widerspruch zur Judikatur des Reichsgerichts. Unger hat den Fall des

ermordeten Arbeiter Herrmann

zur Sprache gebracht. Ueber diesen Fall hatten Zeugen folgendes bekundet: Herrmann war aus seiner Wohnung gekommen, lange Zeit nachdem die Polizei dort eine Menschenmenge verjagt hatte. Er hatte dort seinen Knaben suchen wollen, und als er aus dem Hause trat, kamen von der andern Seite

zwei Schutzleute herüber, die sofort mit Säbeln auf ihn einschlugen, bis der alte Mann tot zusammensank.

(Hört, hört! links.) Dieser Fall, bei dem die polizeilichen Mörder so wenig gefunden worden sind, wie die Schuldigen bei anderen Ausschreitungen der Polizei, war in der Verhandlung ausführlich erörtert worden, und der Landgerichtsdirektor führte ihn als einen Fall des wirklichen Mißbrauchs der Amtsgewalt, der nicht rechtmäßigen Ausübung des Amtes, an. **Hatte der Justizminister die Aeußerung des Landgerichtsdirektors wahrheitsgemäß angeführt, dann hätte er auch sagen müssen: Herr Unger hat recht gehabt. Er wollte aber nicht** zugeben, daß es auch nur einen Beamten gegeben habe, der seine Schuldigkeit nicht getan hätte; denn dann hätte er ja den Reichskanzler desavouiert, der hier, nachdem der Fall Herrmann bereits erörtert war, gesagt hat, die Beamten haben nur ihre Schuldigkeit getan. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr Beseler aber wollte mit seiner Polemik die Polizei weiß waschen und gleichzeitig den Richtern sagen: **Hütet euch, so wie es heute Herrn Unger geht, so kann es morgen auch anderen gehen.** Deshalb ist es nötig, den Richter vor der Beeinflussung von oben zu schützen, vor der

Sorge für seine Karriere.

Wir helfen mit unseren Anträgen nicht nur dem Richterstande, sondern auch der Gerechtigkeit. (Lebh. Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Lisco: Der preußische Justizminister muß heute im Abgeordnetenhause bei der Beratung des Justizetats sein. Gerade um für den Justizetat gerüstet zu sein, hat er sich bei Herrn Unger informiert, was er eigentlich gesagt habe; das ist doch kein Zur-Verantwortung-Ziehen. Auch der Reichskanzler hat nicht versucht, die Richter zu beeinflussen. (Widerspruch links.) Er denkt von den Richtern zu hoch, um solchen Versuch zu machen. (Zurufe links: So sollte er denken!) Der Reichskanzler hat die Polizei nur im allgemeinen in Schutz genommen; daß einzelne Ausschreitungen vorgekommen sind, hat er nicht bestritten.

Abg. Heine (Soz.):

Ob der Reichskanzler von der Polizei gesagt hat, sie hat „nur" ihre Schuldigkeit getan, oder ob er das Wort nur nicht gebraucht hat, ist nebensächlich. Damals war schon der Tatbestand der Tötung des Herrmann vorhanden, und es stand fest, daß in zahllosen Fällen anständige Frauen und Mädchen von königl. preuß. Polizeibeamten in königlich preuß. Uniformen, in königl. preuß. Dienst

in zuhältermäßiger Weise

beschimpft worden sind. Wenn angesichts solcher Situation der Reichskanzler diese Säbelschwinger, diese Gummiknüppelschwinger, diese Leute, die mit Gemeinheiten um sich warfen, noch lobt, anstatt sie ernstlich zu tadeln, so trägt er

die moralische Verantwortung

dafür, wenn solche Dinge sich wiederholen. (Lebh. Zust. links.) Der Staatssekretär sagt, der Reichskanzler denkt von den Richtern zu hoch, um eine Beeinflussung zu versuchen. Ich denke von seiner Intelligenz zu hoch, als daß er nicht wissen sollte, wie seine Worte wirken müssen. (Lebh. Zust. links.) Wenn das Gericht nicht standgehalten hätte, und die Entrüstung der bürgerlichen Bevölkerung uns nicht das Beweismaterial geliefert hätte, so wäre Moabit

ein zweites Essen

geworden. Angesichts der Dreistigkeit, mit welcher vor wenigen Tagen die Zeugen, die gegen die Polizei aussagten, angegriffen wurden, ist diese Befürchtung nicht von der Hand zu weisen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Justizminister konnte sehr wohl hier sein, das Abgeordnetenhaus hätte den Justizetat sicher verschoben, wenn der Justizminister erklärt hätte, im Reichstage werde über die Unabhängigkeit der Richter verhandelt. **Ich bleibe also dabei, die preußischen Behörden vom Justizminister bis zum Ministerpräsidenten hinauf und vom Polizeipräsidenten bis zum Schutzmann herunter, haben in dieser Sache die Unabhängigkeit der Richter nicht respektiert.** (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Wagner (konf.): Die Sozialdemokraten kritisieren nur Gerichtsurteile, die ihnen nicht passen. Aber Gerichtsurteile sollten im Parlament am besten gar nicht (!) kritisiert werden. Im Abgeordnetenhause ist das auch nicht geschehen, sondern dort wurde versucht, den Wortlaut der Rechtsbelehrung des Vorsitzenden festzustellen, und die Rechtsbelehrung ist doch kein Urteil. (Lachen b. d. Soz.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Der preußische Justizminister hat den Landgerichtsdirektor Unger nicht gegen die Angriffe der Rechten geschützt und damit seine Pflicht als oberster Hüter des Rechts verletzt. Beeinflussungsversuche von oben sind bei der preußischen Justiz nichts Neues. Ich erinnere an den Ober-Appellationsgerichtsrat Grolmann, der wegen seines freisprechenden Urteils im Prozeß Waldeck

den Unwillen des Königs erregte

und als Mann von wirklichem Unabhängigkeitssinn seinen Abschied nahm. (Lebh. Zust. links.) Die Hetzartikel der konservativen Presse, die Hetzreden der Konservativen im preußischen Abgeordnetenhause sind geeignet, die Unabhängigkeit der Richter zu gefährden. Unsere Anträge sollen dieser Gefährdung entgegenwirken. Heute existiert die Unabhängigkeit der Richter

nur auf dem Papier.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Das Disziplinargesetz, das die preußische Landtatskammer in den fünfziger Jahren gemacht hat, hat den Richtern die Unabhängigkeit geraubt. Was haben wir nicht alles in Preußen in der Aera Manteuffel an politischen Maßregelungen von Richtern erlebt. Ich erinnere nur an den Fall Waldeck, Temme usw. Aber noch in den neunziger Jahren wurde ein freisinniger Richter wegen Agitation gegen die Zölle gemaßregelt. (Hört! Hört! b. d. Soz.) **Konservative Richter freilich maßregelt man nicht.** Wir bitten im Interesse der Unabhängigkeit des Richterstandes um Annahme unseres Prinzipal- oder wenigstens unseres Eventualantrages. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Abg. Dr. Ablaß (Fortschr. Vpt.) tadelt scharf das Auftreten des Reichskanzlers im preußischen Abgeordnetenhause und bespricht sich für den sozialdemokratischen Prinzipalsantrag aus. (Beif. links.)

Abg. Heine (Soz.): Auch schwebende Verfahren sind nicht in allen Fällen ein Blümlein Rühr-mich-nicht-an. Aber es ist ein Unterschied, ob ein Privatmann über ein schwebendes Verfahren sich äußert oder eine autoritäre Stelle unter Mißachtung alles dessen, was die Beweisaufnahme bis dahin an den Tag gefördert. (Lebh. Zust. links.)

Die Diskussion schließt. Abg. Heinze als Berichterstatter polemisiert sehr ausführlich gegen die Anträge.

Die Abgg. Dr. Müller-Meiningen (Fortschr. Vpt.) und Ledebour (Soz.) erklären entgegen dem Vizepräsidenten Schulz und den Abgg. Wellstein (Zentr.), Wagner (konf.) und Bassermann (natl.), daß eine solche Polemik nicht angängig sei, und daß Herr Heinze dann lieber als Abgeordneter hätte sprechen sollen.

Den sozialdemokratischen Antrag, daß Verwaltungsbeamte, die länger als fünf Jahre ein Verwaltungsamt oder ein Amt als Staatsanwalt bekleidet haben, vom Richteramt ausgeschlossen sein sollen, und daß Richtern die Annahme von Orden und Titulaturen verboten sein soll, begründet Abg. Stadthagen (Soz.): Schon Windthorst hat die Richter vor den Gefahren der Eitelkeit gewarnt. Das Pflichtbewußtsein sollte für den Richter der schönste Orden sein. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Fortschr. Vpt.) tritt gegen den ersten, aber für den zweiten Teil des Antrages ein.

Nach Ablehnung aller Abänderungsanträge und nach Annahme der Kommissionsbeschlüsse vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 6 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110208-11/fragment/page=0005

Stadtverordneten-Sitzung.

Montag, den 6. Februar 1911, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Föhring.

Bei Eröffnung der Sitzung widmete der Vorsitzende dem am Sonnabend verstorbenen früheren Stadtv. Bethge einen ehrenden Nachruf. Die Stadtverordneten haben sich zu Ehren des Verstorbenen, der sich außerordentliche Verdienste um das Gemeinwesen erworben hat und dieserhalb auch zum Ehrenbürger der Stadt ernannt worden ist, von den Plätzen erhoben.

Der 5. kommunale Bezirksverein ersucht in einer Petition um Beseitigung des Riffelplatters von den Bürgersteigen im Mühlweg. Die Petition geht an den Bauausschuß. Dem Petitionsausschuß wird eine der Versammlung bereits vorgelegene Petition um Schaffung eines unabhängigen Arbeitsnachweises überwiesen. Vom Magistratstische wird auf eine diesbezügliche Anfrage erwidert, daß eine Vorlage, welche die Arbeitsnachweisfrage regeln soll, nicht zu erwarten sei.

Erweiterung der Eisgewinnungsanlage auf dem Schlacht- und Viehhofe. Nach der Magistratsvorlage werden zur Erweiterung der im Jahre 1907 in Betrieb genommenen Eisgewinnungsanlage 64 000 Mk. gefordert. Die Erweiterung ist so gedacht, daß der neue Eisgeneratorraum unmittelbar neben dem alten eingerichtet und der schon vorhandene Anbau des Maschinenhauses nach Norden zu vergrößert wird. Die Einnahmen sind auf 45 365 Mk. die Ausgaben auf 20 000 Mk. veranschlagt, es sollen also 19 365 Mk. Ueberschuß herausgewirtschaftet werden. — Stadtv. Emmer äußert sich befürwortend zu der Vorlage, bemängelt jedoch die aufgestellte Rentabilitätsberechnung. Die geforderten Preise seien viel zu hoch. Wenn im Vorjahre so günstige Resultate erzielt worden seien, so lag das daran, daß ein schlechtes Eisjahr zu verzeichnen war. Wolle man die Geschäftsleute als Eisabnehmer fesseln, dann müssen die Durchschnittspreise heruntergesetzt werden, sonst könne der Schlachthof mit seinen 600 Zentnern Eisproduktion mal einsitzen. Der Redner ersucht, das Kollegium möge dafür sorgen, daß die Preise entsprechend denen der Konkurrenz gleichgestellt würden. — Stadtrat Busch meinte, die Gefahr liege nicht vor, daß wegen der Höhe des Preises das Eis keine Abnehmer finden sollte. Der Preis sei billig genug. — Stadtv. Knabe beantragt, die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Trennung der Rechnungen des Schlacht- und Viehhofs von der Eisgewinnungsanlage vorzunehmen. Nach einigen zustimmenden Bemerkungen des Stadtv. Gerig wird die Vorlage mit der beantragten Abänderung angenommen.

Es wird sodann in der **Beratung des Haushaltsplans für 1911** fortgefahren. Der Etat des Museums erfordert einen Zuschuß von 11 920 Mk. — Stadtv. Emmer meinte, daß im Verhältnis zum Gehalt des Museumsdirektors die für Anschaffungen eingesetzte Summe sehr gering sei. Der Redner wünscht Beantwortung der Frage, ob es nicht angebracht erscheine, in Anbetracht der Tatsache, daß ausgiebige Mittel für Neuerwerb historischer Gegenstände nicht zur Verfügung stehen, und daß ferner demnächst das Provinzialmuseum hier errichtet würde, zu dem alten Zustand zurückzukehren. Dieser Anregung möge man Beachtung schenken. — Der Referent Stadtv. Dr. v. Blume erklärt, daß der Direktor außerordentliches geleistet habe, indem er bedeutende Ersparnisse erzielte. Viele Tausende von Mark, die von privater Seite gespendet worden seien, habe er zu Neu-Erwerbungen verwenden können. — Das Kapitel wird sodann bewilligt.

Ueber das Kapitel VII — Polizeiverwaltung referiert Stadtv. Zell. Der Etat der Polizei erfordert einen Zuschuß von insgesamt 911 972,73 Mk., bei einer Einnahme von 87 032 Mk. Gegen das Vorjahr sind die Ausgaben um 70 691,80 Mark gestiegen. Neu angefordert werden für die Kriminalabteilung ein Kommissar und vier Schutzleute. Die Forderung wird begründet mit der gesteigerten Arbeitsleistung der Abteilung.

Stadtv. Gerig: Wie oft haben wir nicht schon in diesem Saale Beschwerde führen müssen über die Polizei im allgemeinen und über das Verhalten einzelner Beamten. Es ist dann immer gesagt worden, daß die Polizeibeamten angewiesen worden seien, sie mögen sich dem Publikum gegenüber vornehm und zurückhaltend benehmen. Die vorgetragenen Beschwerden haben leider nichts genutzt. Sobald im Volkspark große politische Versammlungen stattfinden, wird die Polizei nervös, es ist der Saal schon abgesperrt worden, obwohl er noch lange nicht gefüllt war. Alle erhobenen Einwendungen sind mit hochmütiger Miene, mit den Worten: „Stören Sie mich nicht in meinen Amtshandlungen," barsch zurückgewiesen worden. (Zurufe: Sehr richtig!) Lange vor Eintreffen der Versammlungsbesucher wird der Volkspark mit zwei bis drei Dutzend Polizisten besetzt, die natürlich nur darüber wachen sollen, daß den Versammlungsteilnehmern nicht das geringste Uebel zustößt. Das auffällige dabei ist aber, daß die politische Besatzung nach Schluß der Versammlung sofort zurückgezogen und nach dem Stadtinnern dirigiert wird. Dann überläßt man die Versammelten ihrem Schicksal. Schon immer ist gefordert worden von dem Chef der Polizei, daß die einzelnen Beamten in ihre Schranken zurückgewiesen werden, aber es kommt immer von neuem vor, daß Flugblattverbreiter ohne Grund festgenommen werden, obwohl in ähnlich liegenden Fällen Freisprechung erfolgen müßte. Natürlich handeln die unteren Polizeiorgane auf höhere Anweisung, die sich auf die sogenannte alte Verfrommungsordnung stützen. Man hätte sich diese Freisprechungen zur Notiz nehmen sollen. Die erneuten Belästigungen tragen nicht dazu bei, das ohnehin nicht gute Einvernehmen zwischen Polizei und Bürgertum zu heben. Die Leiter der Polizei sollten also nicht unnütze Belästigungen anordnen, die von den höchsten Gerichten einwandfrei als solche festgestellt worden sind. Der Redner führte als weiteren Beweis für das unmotivierte Vorgehen der Polizei die Verhaftung von Handzettelverteilern an, die schon vom Schöffengericht freigesprochen wurden. Mit treffenden Worten ging der Redner auf die blutigen Vorgänge ein, die vor etwa Jahresfrist sich in den Straßen Halles abgespielt haben, streifte kurz den Reinfall der Polizei in dem Prozeß gegen den Genossen Reinwand und ging des näheren auf den Fall Heimburger ein, der so recht bewiese, welche Elemente sich unter der Hallescher Schutzmannschaft befinden. Verantwortlich ist hier die Wahlkommission, die einen Menschen in die Beamtenschaft einreihte, der sich nicht scheute, beim Militär seine Untergebenen in der brutalsten Weise zu mißhandeln. Es ist bezeichnend, daß ein Mann, der wegen begangener Roheiten vom Militär entlassen wurde, immer noch gut genug ist zum Sicherheitsbeamten. Erwähnenswert aus der Fülle polizeilicher Anordnungen zum Schutze der Volksparkbesucher sei noch folgendes: Die beiden genügend großen Ausgänge genügten der fürsorglichen Polizei noch nicht, sie forderte die Schaffung eines dritten Ausganges, damit die Versammlungsbesucher, die im Falle einer ausbrechenden Panik die beiden großen Ausgänge nicht finden sollten, sich nach den unteren Gaststätten begeben könnt.. Die Türen müssen nach polizeilicher Vorschrift aber nach außen gehen, da hatte sich nun erst recht der Verkehr. Wem sieht alles, zu welchen Ungeheuerlichkeiten die polizeiliche „Fürsorge" führen kann. Die Klagen über die Behandlung der Arbeiterschaft durch die Polizei sind so allgemein und so zahlreich, daß hier dringend Abhilfe geboten werden muß. Für diese wenig objektiv handelnde Behörde könnten die Steuer nicht bewilligt werden. — Oberbürgermeister Rive: Von den vielen Untaten der Polizei, durch deren Aufzählung Herr Gerig seinen Herzen Luft gemacht hat, interessiert den Magistrat nur der Fall mit dem Polizeiergeanten Heimburger. Der Magistrat hat bei der Anstellung nicht gemäßt, daß gegen den Probisten ein Strafverfahren wegen angeblicher Mißhandlung schwebe. Der Mann hat seinen Dienst freiwillig aufgegeben, weil er nicht länger dienen wollte. Die Anstellung erfolgte, weil ihm ausgezeichnete Zeugnisse zur Seite standen. Von einer Verurteilung wegen Mißhandlung Untergebener ist dem Magistrat nichts bekannt. Und wenn eine solche auch erfolgt sein sollte, so sei es doch nicht angebracht, deshalb die ganze Hallesche Polizei als aus roben Elementen bestehend zu bezeichnen. (Burge!) — Stadtv. Otterburg: Gebetten Sie, ich bitt Ruhe und Heiterkeit!) Daß ich die von Stadtv. Gerig präsentierte Photographie noch um einige Exemplare erweitere. (Lautes Wiederholt.) Die Polizei führt seit einigen Monaten fort in der Ueberwachung der Mitgliederversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins und der Gewerkschaft der Metallarbeiter, obwohl bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes versprochen worden ist, daß eine schikanöse Anwendung des „liberalen" Gesetzes nicht stattfinden werde. Für die Hallesche Polizei sind die Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts einfach nicht vorhanden. Die immerwährende Belästigung des Volksparkes nimmt geradezu beunruhigende Formen an; so mußten auf polizeiliche Anordnung 2 unschuldige rote Fahnen, die 3 Jahre am Eingange des Etablissements hingen, entfernt werden. Zu Kleinigkeiten ist „unsere Polizei" aber groß, so mußte ein Droschkenkutscher, der eine nicht ganz schwarze Hose an hatte, erst sämtliche Gerichts-Instanzen in Anspruch nehmen, um seine Freisprechung von einem gegen ihn erlassenen Strafbefehl zu erlangen. Dieser Reinfall trägt nicht zur Förderung des Ansehens der Polizei bei. Aber noch in anderer Hinsicht zeigte sich der kleinliche Polizeieifer, nämlich, daß den Polizisten verboten worden ist, sich in einem Verein zusammenzuschließen. Den Wachtmeistern dagegen gestattet man, sich in einem sogen. Freundschaftsbund zusammenzuschließen. Diese Maßnahmen sind zurückzuführen auf das Prinzip, jede selbständige Betätigung der niederen Polizeiorgane zu unterdrücken. Der Polizeisergeant Heimbürger ist nicht der einzige Beamte, der mit den Gerichten zu tun hatte. Der Polizist Conrad ist wegen Fundunterschlagung im Amte bestraft worden, er tut aber heute noch Dienst. Gegen den Oberpolizei-Inspektor Weydemann und den Kommissar Sommer ist öffentlich der Vorwurf der Freiheitsberaubung erhoben worden. Sie haben sich dagegen nicht gewehrt. Es handelt sich um die Verhaftung des Redakteurs Niebuhr, der sistiert wurden ist, weil er vor jugendlichen Vereinen eine unpolitische Rede halten wollte. Interessant dürfte sein, daran zu erinnern, daß die Hallesche Polizei am 13. Februar v. J., dem blutigen Schuldtage der Polizei, den gefährlichen Eisenbahnräuber Homrighausen, der auf frischer Tat im Zuge Berlin—Frankfurt ertappt wurde, laufen ließ. Es soll dies allerdings angeblich auf richterliche Anweisung hin geschehen sein. An das Laufenlassen des Raubmörders Hackrodt mag bei dieser Gelegenheit ebenfalls erinnert werden. Die Polizei war jedenfalls zuviel mit der Ueberwachung von Versammlungen beschäftigt. Unbedingt gestrichen werden müssen die zur Verfügung des Dirigenten stehenden 1000 Mark für Kundschaftergebühren. Zu welchen polizeilichen Ausschreitungen derartige nicht kontrollierbare Spitzelgelder führen, haben uns die Vorgänge in Moabit gelehrt. Lebend hervorzuheben ist das einmütige, energische Vorgehen der Berliner Stadtverordneten gegen die Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch die königliche Polizei. Herr Oberbürgermeister Kirschner fand tadelnde Worte gegen die ruhmlose Berliner Polizei. Von unserem Stadtoberhaupt, das doch zu Kirschner in nahen Beziehungen steht, darf man so etwas nicht erwarten. Halle ist und bleibt eben die Stadt der Polizeiskandale. — Oberbürgermeister Rive: Namens der Polizeiverwaltung kann ich hier erklären, daß die Herren Sozialdemokraten diesmal sehr milde geurteilt haben. Es ist ja auch erklärlich, daß sich die Sozialdemokraten über die Maßnahmen der Polizei ärgern. Die Behörde hält die Ueberwachung der Versammlungen für geboten und entsendet dazu eben ihre Vertreter, die sodann ebenso friedlich nach Hause gehen, wie die übrigen Versammlungsbesucher. Was die roten Fahnen am Volkspark anbetrifft, so trifft das zu, daß sie jahrelang dahingen und ihre schönen Inschriften der Welt verkündeten, aber die Polizei hat sich eben gesagt, die Fahnen müssen weg und da sind sie eben entfernt worden. Man hat hier viel Wesens gemacht von einer angeblichen Freiheitsberaubung, deren sich zwei Beamte sollten zuschulden kommen lassen haben. Es handelt sich um einen Redakteur, der den jungen Burschen eine seiner bekannten Hetzreden halten wollte. Da es sich um Ungesetzlichkeiten handelte, waren die Beamten berechtigt, dagegen einzuschreiten und den Redner zu verhaften. Mit seiner Beschwerde ist er ja überall abgewiesen worden. Wenn sich die Herren Sozialdemokraten so bitterlich darüber beschweren, daß bei meinem Amtsantritt die Polizei nicht so scharf gegen die Arbeiter vorgegangen ist, so liegt das eben an den Sozialdemokraten selbst, die früher auch viel milder waren. Unsere Polizei genießt überall das größte Ansehen, am größten aber bei der Sozialdemokratie. (Bravo!) — Stadtv. Gerig: (Wiederholte Rufe: Schluß! Schluß!) Man hat uns hier auf das schwerste angegriffen und die von uns vorgebrachten Tatsachen in das Gegenteil umzukehren versucht; es ist deshalb nur ein Akt des notwendigsten Anstandes, wenn man uns anhört. Um nochmals auf den Redner wechselnd den Fall Heimburger, so wie er in der Kreisgerichts-Verhandlung erörtert worden ist. Wenn diese Tatsachen dem Magistrat vorher nicht bekannt waren, so ist der gegen ihn erhobene Vorwurf allerdings nicht aufrecht zu erhalten. Wir wenden uns dagegen, daß man nur unsere Vereins-Versammlungen überwacht; wir verlangen gleiches Recht für alle.

Ein inzwischen eingelaufener Schlußantrag wurde abgelehnt. Stadtv. Otterburg konstatiert, daß Herr Dr. Rive ein guter Agitator für die Sozialdemokratie sei, denn seit seinem Hierzein habe sich die Mitgliederzahl des Sozialdemokratischen Vereins verdoppelt. Der Aerger ist also nicht weit her; nein, wollten wir boshaft sein, müßten wir uns beim Oberbürgermeister für seine Mitarbeit bedanken. Die Verhaftung des Redakteurs Niebuhr ist zu bedauern geschehen, weil der Beamte noch nicht wissen konnte, ob überhaupt ungesetzliche Handlungen vorkommen würden. Wir sind unter dem Bismarckischen Ausnahmegesetz gewachsen, man wird auch jetzt unsere Fortschritte nicht hemmen. (Wegen der wechselnden Anrufe muß der Redner schließen.) — Stadtv. Renner tritt dafür ein, daß bei der Anschaffung von Uniformen für die Polizei hiesige Handwerker berücksichtigt würden. — Oberbürgermeister Rive erwidert, daß die Produktivgenossenschaft Hallescher Schneider, um die es sich hier handle, nicht leistungsfähig sei und deshalb nicht mehr berücksichtigt werden könne. Die Polizei habe den hiesigen Steuerzahlern Entgegenkommen genug gezeigt, indem sie sich mit der Produktivgenossenschaft überhaupt abgegeben habe. — Es wurde beschlossen, zur Prüfung der Angebote eine unparteiische Sachverständigenkommission einzusetzen. Gegen vier Stimmen wurde der Polizeietat bewilligt.

Beim Kapitel Bauwesen bedauert Stadtv. Dietz, daß zur Pflasterung von Straßen in diesem Jahre etwa 18 000 Mk. weniger eingesetzt seien. Giebichenstein sei sehr stiefmütterlich behandelt worden; die Triftstraße befinde sich in einem jämmerlichen Zustande. Hoffentlich werde im nächsten Jahre das Versäumte nachgeholt. — Stadtv. Sommer trägt an, wie weit es denn mit dem Schwimmhallenprojekt sei. Seit sieben Monaten habe man nichts mehr davon gehört. — Stadtbaurat Zachariae erwidert, daß an dem Projekt fleißig gearbeitet werde. (Schallende Heiterkeit!) Das einen Gesamtzuschuß von 303 550 Mk. betragende Kapitel wird bewilligt.

Für die Desinfektionsanstalt ist ein Zuschuß von 37 450 Mark, für das Nahrungsmittel-Untersuchungsamt ein solcher von 13 460 Mk. erforderlich.

Der Etat des Stadttheaters, der einen Zuschuß von 38 739 Mk. erfordert, wird gleichfalls debattelos genehmigt.

Landerwerb von Reilstraße 11. Ohne Debatte wird der Magistratsvorlage zugestimmt.

Hierauf wird die Jahresrechnung des Schlacht- und Viehhofes für 1909, die Rechnung über das Beukonto Sammelkanal Moritzzwinger-Neue Promenade, und die Rechnung der gewerblichen Fortbildungsschule für 1908 genehmigt.

Schluß der öffentlichen Sitzung 7½ Uhr.

•

In der geschlossenen Sitzung erfolgte die definitive Anstellung des Polizisten Oskar Schneider; er wohnt Humboldtstraße 7 und trägt die Nr. 88. Pensioniert werden die Obersekretäre Paul Jänicke und Karl Strackfeld. Ersterer ist 63 Jahre und letzterer 60 Jahre alt; die jährliche Pension beträgt für jeden 3600 Mk. — Jänicke war bisher Protokollführer der Stadtverordnetenversammlung, ihm soll im Auftrage des Kollegiums seitens des Vorstehers der Dank der Versammlung übermittelt werden. — Hierauf beschließt die Versammlung die Annahme von fünf Legaten in Höhe von 900, 700, 600, 150 und 600 Mk. mit der Verpflichtung, Begräbnisstellen auf dem Südfriedhofe und Stadtgottesacker zu pflegen. — Zu Armenpflegern werden bestimmt: für den 20. Armenbezirk Küster Karl Braun, Laurentiusstraße 14; für den 18. Armenbezirk Fleischermeister Hermann Leidner, Jakobstraße 41; für den 19. Armenbezirk Holzhändler Bruno Vogler, Harz 7. — Als Armenbezirksvorsteher werden gewählt im 15. Bezirk Lehrer Westram, im 19. Bezirk Stellmachermeister Paul Wendt und als dessen Stellvertreter Schmiedemeister Ernst Hagen. — Zum Schluß wird der Witwe des Polizisten a. D. Anton Schäfer ein jährliches Witwengeld von 360 Mk. zugebilligt.

25, 30, 35 sogar bis 40 Proz.

teilweise noch bedeutend mehr,

können Sie sehr leicht mit Ihrem Gelde verdienen, wenn Sie Ihren Bedarf in fertiger Herren- und Knaben-Konfektion, Arbeiter-Garderobe und Berufskleidung schon jetzt im

Total-Ausverkauf

im Laden der früheren Firma **Ed. Cohn,** Inh. Max Franken, **Leipzigerstraße 1** (Rathaus) decken. Die großen Warenbestände müssen in kurzer Zeit geräumt sein, da das Lokal nur noch **diesen** und **nächsten Monat** zu meiner Verfügung steht. Nachstehend ein Auszug der jetzigen Preise, durch welche die hier gebotenen Vorteile für jeden leicht ersichtlich sind:

Herren-Winter-Paletots ..... jetzt schon von 11.50 an.
" " " auch in engl. Geschmack, schon von 7.75 an.
Herren-Ulster, sehr elegant, ... jetzt schon von 9.95 an.
Herren-Anzüge ..... jetzt schon von 6.50 an.
Knaben-Anzüge ..... jetzt schon von 1.65 an.

Herren-Winter-Joppen ..... jetzt schon von 4.50 an.
Knaben-Winter-Joppen ..... jetzt schon von 1.75 an.
Pelerinen ..... schon von 2.25 an.
Herren-Stoff-Hosen ..... jetzt schon von 1.65 an.
Herren-Anzugstoffe, englische und deutsche Fabrikate, zu enorm billigen Preisen.

Total-Ausverkauf wegen vollständiger Auflösung, Halle a. S., Leipzigerstraße 1.

Richard Werner.

Verkaufszeit von 9 bis ½1 Uhr und 2—7 Uhr. Sonntags von 8 bis ½10 Uhr und ½12 bis 2 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110208-11/fragment/page=0006

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 7. Februar 1911.

Aus dem Stadtparlament.

Wenn vom bürgerlichen Durchschnittsdeutschen im allgemeinen gesagt werden darf, daß er sich an Polizeifrömmigkeit von seinem Klassengenossen anderer Völker übertreffen lasse, so nimmt der bürgerliche Hallenser diese Stellung unter seinen Brüdern in Deutschland ein. Gevatter Gemüsekrämer glänzt in Halle doppelt respektvoll, wenn „der Herr Wachtmeister" kommt und mit einem Bückling antwortet er, wenn S. M. der Polizist ihn ansaucht, daß er einen Hundedreck noch nicht vom Bürgersteige gefegt. Höchstens hinten in der dunklen Ecke, wo die Besen stehen, macht Gevatter seine Faust, draußen, wo „der Herr Wachtmeister" ihn sehen kann, ist er ganz wieder Ergebenheit und Demut. Und Gevatter Stadtverordneter bürgerlichen Schlages ist durchaus kein anderer. Auch ihm zieht es magisch die Finger zur Hosennaht, wenn „der Herr Wachtmeister" sich blicken läßt, und ganz sicher werden wir es erleben, daß einmal im Hallescher Stadtparlament ein „genügend unterstützter" Antrag eingebracht wird, wonach die Versammlung verpflichtet ist, alljährlich den Polizeietat ohne Debatte einstimmig anzunehmen.

Da sind nun die „ekelhaften Roten", die sich absolut nicht in die gottgewollte Abhängigkeit von der Löblichen begeben wollen. Die es sogar fertig bekommen zu erklären, daß die Polizei einschließlich ihrer Oberhirten wie Weydemann, von Dossow usw. lediglich des Publikums wegen da sei. Die da behaupten, daß die Polizei Personen und Körperschaften belästige, daß sie sogar gesetzwidrige Handlungen begangen habe! Ob solcher Keckheit bleibt dann dem wackeren Spießbürger, „den das Vertrauen seiner Mitbürger" usw., die Brollade offen stehen und es gibt nur ein Mittel, sie wieder zu schließen, nämlich das des Feixens. Man feixt also, wenn aus den Reden der sozialdemokratischen Stadtverordneten die wachsende Empörung des Volkes gegen ein volksfeindliches Polizeiregiment widerklingt. Man tut, als ob man sich königlich amüsiere über „die immer wiederkehrenden sozialdemokratischen Klagen über die Polizei", und doch schämt man sich recht innerlich, daß man sich so mit Haut und Haar an eben die Behörde verkauft hat, die man draußen in Deutschland nur noch mit Achselzucken nennt.

Doch da geraten wir in Kollision mit Herrn Rive, der es gestern darauf angelegt zu haben scheint, sein kaum noch schwankendes Charakterbild vor seinen Zeitgenossen ganz scharf zu umreißen. Das tat er dadurch, daß er eine ganz krasse Unwahrheit verzapfte! — Herr Rive: der Vorwurf ist ein schwerer und er trifft den höchsten städtischen Beamten von Halle. Sie haben, das sei hier ausdrücklich wiederholt, die Unwahrheit an öffentlicher Stelle, in amtlicher Eigenschaft gesagt! Sie haben behauptet, daß der am 18. April 1909 im Volkspark verhaftete Redakteur Niebuhr mit seiner Beschwerde gegen die Verhaftung überall abgewiesen worden sei. Sie hätten es besser wissen können, wenn sie wollten. Und weil sie es konnten und trotzdem öffentlich das Falsche sagten, heißt das leichtfertig mit schwerwiegenden Worten umgegangen! Merken Sie sich das, Herr Rive! — Und dann sagte Herr Rive, daß die Polizei damals berechtigt gewesen, die skandalöse Präventivverhaftung vorzunehmen! Wie wäre der kluge Herr mit dieser seiner Meinung ausgelacht worden, wie würde man sich in der Juristenwelt amüsieren über diese lästerliche Ansicht, wenn Herr Rive sich dazu verstehen könnte, etwa in der Deutschen Juristenzeitung sein schriftstellerisches Genie leuchten zu lassen! Der Oberbürgermeister verstieg sich sogar dazu, den verhafteten Redakteur deswegen, weil er sich gegen seine Verhaftung durch Anzeige wegen Freiheitsberaubung wehrte, einen Dennoch-Janten zu nennen!! Diese Beleidigung ist eine persönliche. Herr Rive ist nicht imstande, die Person, die er treffen wollte, in diesem Falle zu beleidigen, denn er selbst gehörte zu den ursprünglich wegen Freiheitsberaubung angezeigten Personen.

Aber beschäftigen wir uns nicht allzulange mit einem Manne, der allen Ernstes erzählt, daß die Hallesche Polizei überall das größte Ansehen genieße.

Interessant für die Stellung der Bürgerlichen zur Halleschen Polizeifrage war noch die Tatsache, daß sie außer ihrem Lachen und ihren unartikulierten Lauten, mit denen sie dem Genossen Gerig das Reden unmöglich machten, nur eine Klage darüber beizusteuern wußten, daß nicht alle Polizistenhosen in Halle geschnuddert worden sein sollen. Das ist Hallescher Mannesmut vor Polizeigewaltigen. Im übrigen vertrieben sich die bürgerlichen Stadtverordneten die Zeit mit Heiterkeitsausbrüchen über die Mitteilung des Stadtbaurats Zachariae, daß an dem Schwimmbadprojekt „fleißig gearbeitet" würde. Seit sieben Monaten . . .

Unternehmer-Terrorismus.

Die Arbeiterschaft der Hosenfabrik von Haring, Ehrenberg u. Ko. sah sich veranlaßt, um die geradezu haarsträubenden Mißstände in diesem Betriebe zu beseitigen, sich ihrer zuständigen gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Eine Eingabe des Verbandes der Fabrikarbeiter, Wandel eintreten zu lassen, beantwortete die Firma mit einem Anschlag im Speiseraume der Fabrik, wonach die gesamte Arbeiterschaft bis abends 6 Uhr einen Revers unterschreiben sollte, daß keiner von ihnen einer „sozialdemokratischen Organisation" angehören dürfe. Wer nicht unterschreiben wolle, habe die Folgen selbst zu tragen. Es haben auch tatsächlich schon Entlassungen stattgefunden.

Als besonders charakteristisch muß es bezeichnet werden, daß diese Firma, die ihren Arbeitern das Recht der Koalition verbietet, selbst seit dem 1. Oktober v. J. sich dem Hosensyndikat in Leipzig angeschlossen und hierdurch für ihre Produkte einen Mehrgewinn von mindestens 33⅓ Prozent erreicht hat. An einem der nächsten Tage werden die geradezu himmelschreienden Zustände dieses Betriebes der Oeffentlichkeit unterbreitet werden, um diesen Unternehmer-Terrorismus einmal in reinstem Lichte erstrahlen zu lassen.

Alle organisierten Arbeiter werden ersucht, das Nachfragen nach Arbeit in dem Betriebe zu unterlassen, sowie jedes Arbeitsangebot von dort zurückzuweisen.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Halle a. S.

Worin die Polizei eine Pflicht erblickt.

In Halle würden es die Polizeioberen sicher für eine schwere Verfehlung halten, wenn sie ein einziges Mal eine Versammlung von Staatsbürgern der lohnempfangenden Volksklassen, die das Feiwörtchen öffentlich trägt, unüberwacht gelassen hätten. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands hatte zum Montag abend nach dem Gasthof Drei Könige, Alt. Klausstraße, eine öffentliche Handlungsgehilfenversammlung einberufen, in welcher der Redakteur der Handlungsgehilfenzeitung, Paul Lange, einen Vortrag halten sollte über Die Gehaltsfrage der Handlungsgehilfen und die kaufmännischen Vereine. Die Hallesche Polizei hatte es für notwendig erachtet, dieses rein gewerkschaftliche Thema unter „Ueberwachung" zu stellen. Die Handlungsgehilfen protestierten dagegen, indem sie den Beamten ersuchten, den Versammlungsraum zu verlassen und so die Versammlung zur Auflösung brachten. Darauf wurde auf geeignete Weise eine Mitgliederversammlung einberufen, in welcher der Referent seine Ausführungen über das genannte Thema machen konnte. Ebenso wurden alle Vereinsangelegenheiten erledigt und beschlossen, den Jahresbeitrag von 1 Mk. pro Mitglied und Jahr für den Volkspark aus der Lokalkasse zu entnehmen.

Die Polizei scheint von einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts, wonach nicht jede öffentliche Versammlung auch ohne weiteres überwacht werden kann, nicht unterrichtet zu sein. Oeffentliche Versammlungen, die nichtöffentliche Angelegenheiten behandeln, wie z. B. die Lohnfrage, sollen nicht überwacht werden. Aber die Hallesche Polizei denkt natürlich an alles andere, als an loyale Handhabung des Reichsvereinsgesetzes.

---

* **Fragt die Versicherungsangestellten nach dem Organisationsausweis!** Der Verband der Bureauangestellten (Sitz Berlin NO. 43), ersucht die werktätige Bevölkerung, die organisierten Einnehmer der Versicherungsgesellschaften in ihren gewerkschaftlichen Bestrebungen zu unterstützen. Es muß von jedem, der bei einer Versicherungsgesellschaft Versicherungen (z. B. Feuer-, Volks-, Lebensversicherungen) führt oder eingehen will, Wert darauf gelegt werden, nur mit gewerkschaftlich organisierten Einnehmern und sonstigen Angestellten geschäftlich zu verkehren. Die organisierten Einkassierer führen als Ausweis eine Kontrollkarte des Verbandes, die nur dann gültig ist, wenn der jeweilige Monat mit dem Verbandsstempel abgestempelt ist. — Uebe jeder Solidarität!

Die Ortsgruppe Halle des Verbandes der Bureauangestellten hatte für den 1. Februar eine Besprechung vorbezeichneter Einnehmer zusammenberufen, die jedoch wegen mangelnder Beteiligung nicht abgehalten werden konnte.

* **In dem öffentlichen Arbeitsnachweise,** Salzgrafenstraße 2, am Hallmarkt, ist in diesen Tagen eine Neueinrichtung eingeführt worden, die die Hausfrauen und Dienstboten angeht. Zur persönlichen Aussprache zwischen Dienstgeber und Dienstboten ist ein Wartezimmer eingerichtet worden, der von morgens 8 Uhr bis 6 Uhr nachmittags werktäglich (Sonnabends von 8—3 Uhr) zur Benutzung offen steht. In den Stunden von 11—3 Uhr ist ständig eine Beamtin auch in diesem besonderen Raum anwesend. Die Stellenvermittlung erfolgt für jedermann kostenlos.

* **Ist eine Woche Gefängnis zuviel für ein Menschenleben?** Wegen fahrlässiger Tötung ist am 1. Dezember v. J. vom Landgerichte Halle a. S. der Ingenieur Franz Schmidt zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Als Inhaber einer Baufirma wollte er ein Dach etwas abändern lassen. Er betraute mit dieser Arbeit einen Tischlergesellen H., der früher Handlangerdienste als Maurer geleistet hatte. Es wurde ein Aufzug gebaut, mittels dessen der Kalteimer nach oben befördert wurde. Da dieser Aufzug nicht ordnungsgemäß gebaut war, stürzte bei der Arbeit der aus Balken errichtete Bock und das an ihm nur lose befestigte Eisenrohr um; dadurch wurde ein fünfter Mann, der unten arbeitete, erschlagen. Dem Angeklagten fällt Fahrlässigkeit zur Last, weil er den keineswegs einfachen Umbau einem Manne übertragen hat, dessen ausreichende Vorbildung er bezweifeln mußte; ferner weil er den H. nicht kontrolliert hat. — In einer Revision behauptete der Angeklagte, ein Sachverständiger habe die fragliche Einrichtung für ausreichend erklärt. Der Reichsanwalt fand höchstens bedenklich, daß als Strafzumessungsgrund der Umstand verwertet ist, daß ein blühendes Menschenleben durch die Fahrlässigkeit des Angeklagten vernichtet worden ist, während dies doch ein Tatbestandsmerkmal sei. Er beantragte deshalb die Aufhebung des Urteils im Strafausspruch. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision als unbegründet. Wenn man den Ton auf das Wort „blühendes" lege, so ergebe sich aus dem Urteile, daß das Gericht das blühende Menschenleben höher bewerten wollte, als ein anderes, daß also mit Recht ein straferhöhendes Moment geltend gemacht werden sollte.

* **Herr Hellmut Pfund** teilt uns zu der gestern veröffentlichten Berichtigung des Herrn Richards mit, daß er infolge eines Irrtums tatsächlich den Institutionsvorsteher Herrn Starke falsch unterrichtet habe. Es ist feststellen, daß der v. Boerschе Vertrag tatsächlich noch in seiner alten Form besteht.

* **Stadttheater.** Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Schülervorstellung von Schillers Räuber am Mittwoch nachmittag 3 Uhr bei ganz kleinen Preisen jedermann zugänglich ist und daß eine weitere Wiederholung der Räuber in diesem Jahre nicht vorgesehen ist. Mittwoch abend geht Undine in der Besetzung der diesjährigen Erstaufführung zum zweitenmal in Szene. Am Donnerstag wird Der Graf von Luxemburg gegeben. Freitag: Meyerbeers Africanerin in der Wiesbadener Neuinszenierung. In Vorbereitung für Dienstag, den 14. Februar: Zweites und letztes Gastspiel von Kammersänger Paul Bender von der Münchner Hofoper: Margarete. Der Verkauf zu Gastspielpreisen hat bereits begonnen und sind Billets zugleich Vorverkaufsgebühr schon jetzt an der Theaterkasse zu haben.

Am Montag, den 6. Februar, haben die Orchester-Proben zum Rosenkavalier begonnen. Auch die Solisten sind emsig bei der Arbeit und beherrschen zum Teil ihre Partien schon so geläufig, daß bereits Ensemble-Proben angesetzt werden können. Auch die Vorstände und Angestellten des Maler- und Kostümateliers haben alle Hände voll zu tun. Das Werk soll in vollständig neuer Ausstattung in Szene gehen. Wenn die Vorbereitungen so weiter fortschreiten, dürfte die Premiere noch in der ersten Hälfte des März bestimmt stattfinden.

Aus den Nachbarkreisen.

Merseburg. Achtung, Former! Bei Arbeitsangeboten von Formern für die Firma Merseburger Maschinenfabrik Herrich u. Ko. sind erst Erkundigungen im Bureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Merseburg, Hauptstr. 20—26, einzuholen.

Dettstedt. Terrorismuswahl. Recht interessant ist das Ergebnis der am vergangenen Freitag stattgefundenen Stadtverordnetenersatzwahl in der dritten Abteilung. Die „reichstreuen" Kandidaten Knappschaftsältester Karl Kirchberg und Maschinenwärter August Brunne erhielten 389 bezw. 388 Stimmen. Während bei der am 29. November v. J. stattgefundenen Wahl der Kandidat der Arbeiterschaft, Verbandskassierer Halle, trotz des ungeheuren Drucks noch 173 Stimmen erhielt, vereinigte er bei der diesmaligen Wahl wie der zweite sozialdemokratische Kandidat, Geschäftsführer Heise, nur 21 Stimmen auf sich. Der von den Gutsherrlichgesinnten verbreitete wahre Schrecken hat also wahre Wunder gethan. Die Bergleute haben aus Furcht, wegen ihrer Stimmabgabe wieder gemaßregelt zu werden, sich nicht an den Wahlkrieg gewagt. Nur dadurch konnte die „nationale Sache" einen leichten Sieg erringen. Die Macher des Bergbaues aber werden wieder triumphieren: „Der Streikrausch ist vorüber, die Sozialdemokratie ist niedergerungen. Die Erzählungen über nationalen Terrorismus gehören in den Bereich der Märchen."

Gerbstedt. Liebesdrama. Ein Uhrmachergehilfe gab am Sonnabend auf seine Geliebte zwei Schüsse ab, die das Mädchen jedoch nur leicht verletzten, und versuchte, sich dann durch einen Schuß in die Schläfe zu töten. Er wurde schwer verletzt in die Klinik in Halle gebracht, wo er bald darauf starb.

Helbra. Das Opfer einer unsinnigen Wette wäre beinahe ein hier wohnender Bergmann G. geworden. Er hatte sich infolge einer Wette verpflichtet drei Pfund Pferdefleisch in einer Stunde zu verzehren. Das Fleisch wurde innerhalb der festgesetzten Frist verzehrt. Doch stellten sich bei dem G. nach kurzer Zeit derartige Beschwerden ein, daß er es vorzog, einen Arzt zu Rate zu ziehen. Ohne ärztliche Hilfe, sagt G., würde er ein Opfer dieser Wette geworden sein. — Wir glauben, die Bergleute hätten wichtigeres zu tun, als ihre Zeit mit der Austragung solch gefährlicher Wetten zu vertrödeln.

Kreisfeld. Die grobe Geschmacklosigkeit, die sich die Eisleber Kohlenfirma Hagemann mit der Versendung von Rechnungen im Trauerkuvert leistete, hat auch eine hier lebende Frau in die größte Aufregung versetzt. Die mit einer solchen schwarzumrandeten Rechnung beglückte Frau war zu Tode erschrocken, weil sie annahm, ihre in Eisleben krank darniederliegende Mutter sei gestorben. Zur Kennzeichnung des von Herrn Hagemann beliebten eigenartigen Mahnverfahrens, daß auf eine Beunruhigung des großen Publikums hinausläuft, fehlt uns der richtige Ausdruck. Wenn es Boykottzettel wären, so hätte man schon groben Unfug festgestellt.

Torgau. Eine wichtige Parteiversammlung findet am kommenden Mittwoch statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag über: Unser Kommunalprogramm. Erscheinen aller Parteigenossen ist unbedingt notwendig.

Bitterfeld. Die Stadtverordneten beriefen in ihrer letzten Sitzung über den Haushaltsplan der Kämmereikasse für 1911. Die ordentlichen Ausgaben werden mit 514 500 Mk. und die außerordentlichen mit 10 000 Mk., die Gesamtausgaben also mit 524 500 Mk. gegen 510 000 Mk. des Vorjahres genehmigt. U. a. erfordert die allgemeine Verwaltung 91 293,01 Mk. (2502 Mark mehr), das Rittergut Greppin 21 494,42 Mk. (3662,27 Mk. mehr), zu polizeilichen Zwecken 16 789,91 Mk. (4950 Mk. weniger), die Bauverwaltung 34 603,34 Mk. (1009,45 Mk. weniger), die Schulverwaltung einen Zuschuß von 205 741,88 Mark (16 162,85 Mk. mehr), die Armenverwaltung 14 500 Mk. (1400 Mk. mehr), die Schuldenverwaltung 68 622,99 Mk. (348,67 Mark weniger) und Insgemein 14 146,57 Mk. (11 691,54 Mk. weniger). Die Gesamteinnahmen wurden ebenfalls auf 524 500 Mk. festgesetzt. Genosse Menzel nahm seine Titel Polizeiwesen betreffend, dem Chef der Exekutive einige derbe Wahrheiten zu sagen wegen der Entsendung des völlig überflüssigen Polizeiaufgebots bei dem angemeldeten Umzug. Das Vorgehen habe in den weitesten Kreisen der Bürgerschaft Erbitterung hervorgerufen. Man wolle doch hier kein Moabit haben. Auch sei seitens der Nachtwächter die Polizeigewalt ausgeübt, obwohl sie hierzu nicht berechtigt waren. Wenn der Chef der Polizei diese alles verantworte, könne man zu diesem Zweig der Verwaltung kein Vertrauen haben und er und seine Freunde würden im Namen ihrer Wähler den Polizeietat ablehnen. Wie sich die bürgerliche Mehrheit auf dem Rathause die Handhabung des Statsrecht denkt, geht am besten aus der Entgegnung des Vorsitzenden Bante hervor, der da meinte, daß es nicht angehe, an dieser Stelle über den Polizeichef Kritik zu üben; wenn er an den Maßnahmen eines auszusetzen gehabt habe, hätte ihm ja der Beschwerdeweg offengestanden. Selbst dem Stadtv. Richter gegenüber betonte der weltfremde Herr, daß für eine Kritik über polizeiliche Maßnahmen hier nicht der geeignete Platz sei. Auch sei es doch zwecklos und ein Unding, die Vorlage des Magistrats abzulehnen, da die Beamten doch fest angestellt waren. Unserm Genossen Bock blieb weiter nichts übrig, als den bürgerlichen Herren in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung klar zu machen, daß man doch nur bei Beratung des Polizeietats Gelegenheit habe, eine Beschwerde über Beamte anzubringen. Ebenso hätte man auch eine Interpellation an die Versammlung richten können. Das Rittergut Greppin bringt 34 319,42 Mark (3187,27 Mk. mehr), die Biersteuer 8000 Mk., die Vergnügungssteuer 6800 Mk., die Hundesteuer 3500 Mk., die Schankkonzessionssteuer 1500 Mk. und die Umsatzsteuer 10 000 Mark. An Grunde, Gebäude- und Gewerbesteuern werden wieder 182 Proz. und an Gemeinde-Einkommensteuern 162 Proz. erhoben. Die sämtlichen Steuern erbringen eine Gesamteinnahme von 362 900 Mk. (30 000 Mk. mehr als im Vorjahre). Genosse Menzel lenkte die Aufmerksamkeit auf die Mückenplage; Sache der Gesundheitspolizei müsse es sein, darauf zu achten, daß jeder Hausbesitzer im Winter seinen Keller weißen läßt, um dem Ueberhandnehmen der Mücken zu steuern. Dieser Anregung wurde allseitig zugestimmt, ein nennenswerter Erfolg könne aber nur dann erzielt werden, wenn nicht nur in der Stadt, sondern im ganzen Kreise die nötigen Maßregeln gegen die Mücken getroffen werden. — Sodann wurde auf Antrag des Magistrats beschlossen, zur Ausführung von Pflasterungen in den Jahren 1911-12 noch außer den bereits bewilligten Mitteln, da diese verbraucht sind, eine Anleihe von 50 000 Mk. aufzunehmen und diese mit 4 Proz. zu verzinsen und mit 3 Proz. zu amortisieren. — In geheimer Sitzung wurde über den Ankauf eines Grundstücks verhandelt.

Meuselwitz. Fabrikarbeiterstreik. Sämtliche Arbeiter der Gummifabrik von Heymer u. Pilz Söhne in Meuselwitz haben die Arbeit eingestellt. Die bescheidenen Forderungen, die die Firma ablehnen zu müssen glaubte, sind fast bisher 28 bis 35 Pf. Stundenlohn 35—40 Pf.; außerdem wird die zehnstündige Arbeitszeit gefordert.

Weißenfels. Es hat gewirkt. Die Schuhfabrikanten haben in einer am Sonnabend abend abgehaltenen Versammlung beschlossen — nachdem in sämtlichen Fabriken die Kündigung eingereicht worden war —, sich zu Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen bereit zu erklären. Abwarten bleibt natürlich immer noch, was bei den Verhandlungen herausspringen wird.

Weißenfels. Was nicht alles gemaust wird! Der schon mehrfach vorbestrafte Klempner Berger hatte die Bekanntschaft des ebenfalls beschäftigungslosen Arbeiters Bergner gemacht. Beide hatten gemeinsam den Weinbergsbächern in der Umgegend Besuche abgestattet. Ihre Spezialität war Dachrinnen, die sie abnahmen, zusammentraten und als alles Zinkblech verkauften. Die Strafkammer in Naumburg verurteilte die beiden wegen schweren Diebstahls in neun Fällen zu drei bezw. einem Jahr Gefängnis.

Derenburg. Herabsetzung der Steuern. Der vom Magistrat und der Statskommission genehmigte Etatsentwurf für 1911-12 sieht eine Herabsetzung sämtlicher Steuerarten um 5 Proz. vor. — Glückliches Derenburg!

Allerlei.

Eisenbahnunglück auf der Berliner Stadtbahn

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen zwei Stadtbahnzügen, bei dem **neun Personen schwer und ungefähr zwanzig Personen leicht verletzt wurden, hat sich Montag morgen gegen** 6 Uhr auf dem Stadtbahngleise nahe dem Bahnhof Baumschulenweg zugetragen. Ein aus Rixdorf kommender Stadtbahnzug fuhr infolge Ueberfahrens eines Haltesignals auf einen vom Baumschulenweg gerade nach Berlin abgegangenen anderen Stadtbahnzug in die Flanke. Der Zusammenstoß war derart stark, daß der Berliner Zug aus dem Gleise gehoben und zwei Wagen dieses Zuges **die Böschung hinuntergestoßen wurden.** Die Passagiere, die sich in diesen beiden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110208-11/fragment/page=0007

Wagen befanden, trugen fast durchweg schwere Verletzungen davon, aber auch die Fahrgäste, die sich in den anderen Wagen befanden, wurden zum Teil **mehr oder minder schwer verletzt.** Die Schuld an dem Unfall trägt der Lokomotivführer des Rixdorfer Zuges, Heinz, der das Haltesignal übersehen hat und in den Berliner Zug hineingefahren ist.

Nach der letzten Meldung haben sich als leichtverletzt bis 27 Personen gemeldet. Schwer verletzt sind nach amtlichen Meldungen sechs Personen. Der Lokomotivführer Heinz, dem die Schuld an dem Unglück beigemessen wird, versichert mit aller Entschiedenheit, daß sein Zug das Signal Freie Fahrt gehabt habe. Nach dem Befund der technischen Anlage scheint diese Aussage als irrig.

Die Pest in Asien.

Aus Charbin wird gemeldet: In allen Dörfern auf dem Wege nach Peking ist die Pest konstatiert worden. In Peking selbst ist eine Panik ausgebrochen. Sämtliche Kontumlate in Tientsin sind isoliert. Der Verkehr auf den chinesischen Bahnen ist eingestellt. Die chinesische Regierung ist vollständig kopflos geworden und erwartet eine antidynastische Bewegung. Die deutsche Behörde verbietet das Anlegen der Dampfer in der Kiautschauer Bucht. Ueber das Gebiet wurde der Kriegszustand verhängt. In Charbin sind Montag an der Pest 20 Chinesen und zwei Europäer gestorben.

Die Hohe Pforte in Brand.

Konstantinopel, 6. Februar. Heute nacht wurde ein großer Teil der Gebäude der Pforte durch Feuer zerstört. Die Ursache des Brandes konnte bisher nicht festgestellt werden. Das Ministerium des Innern und das Gebäude des Staatsrats sind vollständig niedergebrannt. Während zuerst die Annahme überwog, daß das Feuer ebenso wie beim Tschiraghan-Palast durch eine Schadhaftigkeit der Heizungsanlage entstanden sei, neigt man jetzt der Ansicht zu, daß es absichtlich herbeigeführt worden sei. Die gesamte Feuerwehr arbeitet noch an der Löschung der Hohen Pforte. Alle Soldaten und Wächter, die in der Pforte übernachteten, wurden verhaftet. Alle Wege sind von Soldaten besetzt.

Konstantinopel, 7. Februar. Im Zusammenhang mit dem Brande der Hohen Pforte wurden 60 Personen verhaftet.

Kleines Allerlei. Gerettet! Die Eisscholle, auf der im Bjoer Moesund im finnischen Meerbusen 253 Fischer ins Meer getrieben sind, ist an der Insel Seskar gelandet. Die Fischer sind sämtlich gerettet worden. — Ein neuer Pockenfall ist in Duisburg konstatiert worden. Es ist dies der fünfte Fall und betrifft eine Arbeiterfamilie. — Selbstmord aus Steuerschen. In Gera hat sich ein 60 Jahre altes Fräulein, das ein Vermögen von 50000 Mk. besaß, in der Elster ertränkt. Die Selbstmörderin war so geizig und soll die Verzweiflungstat aus Angst vor der Steuereinschätzung begangen haben, die durch die neuen Gesetzesschlimmungen für dieses Mal besonders gewissenhaft verlangt wurde. — In Berlin ist bei der Firma Henny Levy, Schützenstraße 50, ein Einbruch verübt worden, bei dem den Dieben Seide und Seidenwaren im Werte von etwa 40000 Mk. in die Hände fielen. — Der 23 Jahre alte Leutnant Stein vom Telegraphenbataillon Nr. 3, der heute morgen Flüge auf dem Döberitzer Militärübungsfelde unternahm, stürzte, als er im Gleitflug niederging. Er war sofort tot. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß Leutnant Stein beim Gleitflug eine zu schräge Lage der Maschine bewirkt hat.

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Plüthgen.

Bernhard Mörbitz.

Der König der Komiker!

Der Liebling aller Varieté-Besucher!

Ausserdem **Max Marzelli** und das glänzende Faschings-Programm.

Keine erhöhten Preise. Anfang 8 Uhr.

Mittwoch nachm. 4 Uhr: Familien-Vorstellung.

Lustiges, dezentes Programm. Diverse Künstler.

Entree: Kinder 0.10, 0.15, 0.25. Erwachsene doppelt.

Metropol-Theater Geiststrasse 22. | **Germania-Theater** Reilstrasse 133.

Leichenbegängnis

des Reichstags-Abgeordneten

Paul Singer

sowie

Agrippina.

Grosses Sensations-Schauspiel

aus der Zeit Neros.

Zur Anfertigung eleganter **Herrengarderobe,** auch bei Selbstbiefering des Stoffes, unter Garantie tadellosen Sitzes sowie sauberster Verarbeitung empfiehlt sich bestens

O. Friedrich, Pfälzerstr. 4.

Reparaturen u. Bügeln prompt u. billig.

Ich versende franko gegen Nachnahme, nur solange der Vorrat in diesen äußerst billigen Artikeln reicht:

4 Pfd. gar. rein. Kakao, 1 Pfd. Souchong-Tee, rein schmeckend, **2 Pfd. Schokolade,** feinste Speise-Schokolade, gar. rein, in Tafeln, **10 Pack. Puddingpulver,** sortiert, **10 Pack rote Grütze, 10 Stang. feinste Vanille und 1 Dose Bratheringe** zusammen für

8.50 Mk.

Ernst Weinhold, Halle a. S.

Gas-Zylinder doppelt gehärtet, billigst. **C. F. Ritter,** Leipzigerstrasse 90.

Gegen Frost an Händen und Füßen **Frost-Seife** Topf 25 und 50 Pfg., **Felletin** Fl. 60 Pfg. Allein echt **Drogerie Max Rädler,** Rannischestraße 2.

Die besten und billigsten **Rucksäcke** Handkoffer — Brottaschen, Gamaschen empfiehlt **Paul Göldner,** Koffer- und Lederwarenfabrik. Neubau Leipzigerstraße 79.

Arbeitsmarkt.

Offene Stellen aller Berufe enthält stets die Zeitung: Deutsche Vakanzen-Post, Esslingen 156.

Mehrere **Monteure** (gelernte Schlosser) für Aufstellung u. Inbetriebsetzung von Zentrifugalpumpen **sofort gesucht.** Offerten unter M. C. 5164 an Rud. Mosse, Düsseldorf.

Bäckerlehrling. Suche zu Ostern unter günstigen Bedingungen einen **Lehrling.** C. Elze, Bäckermeister, Merl bei Halle a. S.

Suche f. Wochenmarkttage zum Verkauf von Brot und Weißwaren eine **gewandte Frau** auf Provizie. Offert. unt. 100 Brot an die Exped. d. Volksblatt, Halle a. S.

Dreher-Lehrling sucht Taeschner, Turmstr. 60.

Neuer praktischer Büchsenöffner 25 Pfg. **C. F. Ritter,** Leipzigerstrasse 90.

2 Bettstellen m. Matr., g. erhalt. Beist. m. Sofaras-Matr., Küchenschrank, Tisch, h. Bilder u. Grude bill. z. verk. After Markt 5, II.

Gute Speisekartoffeln verkauft **Albert Conrad, Beesen a. C.** Lebensmittel-Geschäft.

Waschgefäße, dauerhaft und billig, größte Auswahl. Böttcherei Schützenhof 1.

In Liesken sucht alt. Ehepaar z. 1. Juli oder früher kleines neueres Haus auf längere Zeit zu mieten, nahe der Heide. Gefl. Off. unt. V. H. 32 an die Exped. dieser Zeitung erbeten.

Möbeltransporte jeder Art besorgt billigst R. Weltmann, Bernhardstr. 35.

Persil

Tadellos gewaschen

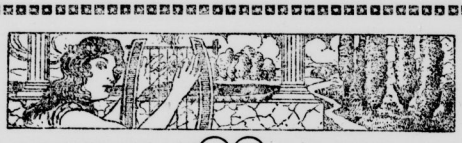
ist jedes Stück, frisch und duftig wie auf dem Rasen gebleicht, wenn Sie für Ihre Wäsche nur Persil gebrauchen, ohne Zusatz von Seife und Waschpulver. Kein Reiben und Bürsten, daher keine Zerstörung des Gewebes! Versuchen Sie es!

Erhältlich nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF.

Alleinige Fabrikanten auch der weltberühmten

Henkel's Bleich-Soda



Arbeiter-Bildungs-Ausschuss Halle a. Saale

Montag, den 13. Februar 1911, abends 8½ Uhr, im grossen Saale des Volksparks, Burgstrasse 27,

Heiterer Kunst-Abend

Ausführende: Herren Opernsänger Kunze und Marion, Opernsängerin Frl. Sanden, Herr Proft, Regisseur und Lehrer am Konservatorium in Leipzig, sämtlich vom Stadttheater in Leipzig. Am Flügel Herr Kapellmeister Goldmann, Leipzig

Eintritt 30 Pfg. (inkl. Billetsteuer) Rauchen nicht gestattet

Einladungskarten sind zu haben: im Partei- und Arbeitersekretariat, in allen Gewerkschaftsbureaus, allen Verkaufsstellen des Konsumvereins, in der Volks-Buchhandlung und der Expedition des Volksblattes, Harz 42/43, sowie bei A. Albrecht, Zigarrenhandlung, Lindenstrasse 54, E. Bendlin, Zigarrenhandlung, Torstrasse 43, J. Schneider, Zigarrenhandlung, Beesenerstrasse 23, J. Sanow, Zigarrenhandlung, Geiststrasse 5, Paul Leuschner, Zigarrenhandlung, Mittelwache 9, P. Böttcher, Friseur, Triftstrasse 2, R. Kulzschbauch, Friseur, Kleine Klausstrasse 11, und im Volkspark, Burgstrasse 27.

Pa. Zucker-Honig (Heide-Honig und Zucker) Pfund **22** Pf.

Ia. Gem. Marmelade Pfund **22** Pf.

Feinste Palm-Butter (Reines Naturprodukt) Pfund **58** Pf.

F. H. Krause.

Apollo-Theater.

Job-Classen

Heute u. folgende Tage: Anfang 8 Uhr:

Mein Bruder, das 'n Luder!

Schwänzischer Lacherfolgsserie g!

In Vorbereitung:

Das gefährliche Alter.

Stadttheater Halle.

Direktion: beh. Betrat M. Richards. — Fernruf 1181. —

Mittwoch den 8. Febr. 1911.

Nachmittags 3 Uhr:

Schüler-Vorstellung zu ganz kleinen Preisen:

Die Räuber.

Schauspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.

Kassenöffnung 2½ Uhr. Anfang: 3 Uhr. Ende: 6 Uhr.

Abends 7½ Uhr:

143. Abonnem.-Vorst. 3. Viertel.

Mit der neuen Ausstattung an Dekorationen, Maschinerien und Beleuchtungs-Effekten.

Undine.

Romantische Oper in 4 Akten von Albert Lortzing.

Kassenöffnung 7 Uhr. Auf. 7½ Uhr. Ende geg. 10½ Uhr.

Donnerstag, den 9. Februar. 144. Vorstellung i. Ab. 4. Viertel. Neuität! Neuität!

Zum 12. Male:

Der Graf von Luxemburg.

Operette in 3 Akten von Franz Lehár.

Ernst Haeckel Volksausgabe. Preis 1 M. Volksbuchhandl., Harz 42/43.

Violin-Unterricht erteilt A. May, Saalbahn 8, I.

Chronometer Reparaturen. Preisliste gratis. C. Klappenbach, Halle a. S.

Ein Schlüsselbund verloren Gegen Belohnung abzug. Gottschalk, Seckenmerstr.

Licht ist Macht. Wie schütze ich mich vor zu starkem Familienzuwachs? Die Verhütung der Konzeption auf gesunde Art. Preis 30 Pfg.

Ein einfaches und natürliches Mittel zur Verhütung der Empfängnis von einem Menschenfreunde. Preis 60 Pfg.

Kindersegen und kein Ende. Ein Wort an denkende Arbeiter v. Fritz Brugbacher, Arzt i. Zürich. — Preis 50 Pfg. — Porto 10 Pfg.

Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung.** Harz 42/43.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191102 08-11/fragment/page=0008